

# Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 29. November 2003

114. Jahrgang Nr. 31.434

## Chaos in Neuquén

### Gewaltbereite „Piqueteros“ fordern Barauszahlung der Sozialhilfe

Buenos Aires (AT/JW) - Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitslosenaktivisten und der Polizei sind am Dienstag in der Provinzhauptstadt Neuquén Dutzende Menschen verletzt worden, darunter mehrere Sicherheitskräfte. Nach Medienberichten wurden mindestens neun Demonstranten von Polizeikugeln verwundet. Ein Polizeisprecher wies die Vorwürfe hingegen zurück. Es sei lediglich Hartgummimunition zum Einsatz gekommen. Ein Fotograf der Nachrichtenagentur Télam wurde nach Angaben der Zeitung „La Nación“ durch eine Tränengaspatrone am Kopf verletzt.

In weiten Teilen der Stadt spielten sich am Dienstag während der mehrstündigen Auseinandersetzung bürgerkriegsähnliche Szenen ab, zahlreiche Supermärkte wur-

den geplündert. Die Polizei, die mit gepanzerten Fahrzeugen anrückte, setzte Wasserwerfer und Tränengas gegen die Demonstranten ein. Die Aktivisten bewarfen die Einsatzkräfte mit Steinen. Während Stunden herrschte in der Stadt der Ausnahmezustand. Erst am späten Abend beruhigte sich die Lage weitgehend, blieb aber auch am Mittwoch und Donnerstag weiter angespannt.

Der Protest der so genannten „Piqueteros“ (Arbeitslosenaktivisten) richtete sich gegen Pläne der Provinzregierung, Umstrukturierungen bei der Sozialhilfe vorzunehmen. Die Regierung von Gouverneur Jorge Sobisch (MPN) hatte zuvor bekanntgegeben, Sozialhilfe fortan nicht mehr wie bisher bar auszahlen zu wollen. Vielmehr sollen die Empfänger eine Art Kreditkarte namens „Confiable

Solidaria“ erhalten, die nur bei bestimmten Supermärkten eingesetzt werden kann. Die Demonstranten vermuten dahinter Vetterwirtschaft. Von der neuen Regelung sind bis zu 25.000 Menschen betroffen.

Die dramatische Lage in Neuquén hatte am Dienstag auch in der Casa Rosada in Buenos Aires für Anspannung gesorgt. Kabinettschef Alberto Fernández warnte die Provinzpolizei vor einem überharten Vorgehen.

Zugleich forderte Fernández die Provinzregierung auf, „Ruhe zu bewahren“. Den gewaltbereiten Piqueteros müsse entgegen getreten werden, es dürfe dabei aber nicht zu Übergriffen der Polizei kommen. „Der richtige Weg ist der des politischen Dialogs“, riet Fernández in einem Telefonat Vize-Gouverneur Jorge Sapag, der

den zum Zeitpunkt der Unruhen in Brasilien weilenden Sobisch vertrat.

Die Ausschreitungen in Neuquén sind ein schwerer Schlag gegen die Regierungspolitik des Gouverneurs, der erst Ende September bei den Gouverneurswahlen mit 56 Prozent der Stimmen für eine weitere Amtszeit bestätigt wurde.

Zugleich verzeichnete die Wahl jedoch die höchste Quote an Nichtwählern seit Rückkehr der Demokratie 1983, was Kommentatoren als deutliches Zeichen der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit Sobischs Partei Movimiento Popular Neuquino interpretierten. Obwohl Neuquén dank großer Erdöl- und -gasvorkommen als reiche Provinz gilt, sind rund 26 Prozent der Bevölkerung arbeitslos oder unterbeschäftigt.

## Terrorwarnung

### Sicherheitsmaßnahmen im ganzen Land verstärkt

Buenos Aires (AT/JW) - Nach Anschlagswarnungen für die Hauptstadt Buenos Aires sind im ganzen Land die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt worden. Die Regierung sei vom staatlichen Geheimdienst SIDE gewarnt worden und habe „glaubhafte“ Hinweise auch von ausländischen Spionagereinrichtungen zu möglichen Attentaten, sagte Verteidigungsminister José Pampuro am Mittwoch. Gegenüber Radio Mitre gab Pampuro zu, dass Argentinien ein „Problem dieser Art“ habe. Die Namen der ausländischen Geheimdienste nannte Pampuro mit Hinweis auf das „Staatsgeheimnis“ nicht.

Die Warnungen würden „sehr ernst“ genommen, sagte der Verteidigungsminister. Die Behörden hätten ihre Schutzmaßnahmen „in verschiedenen strategischen Gebieten des Landes“ bereits verstärkt. Nach Medienberichten erhielt der Grenzschutz schon am Dienstag Anweisungen, seine Kontrollen zu intensivieren. Betroffen davon waren nach Berichten neben den zahlreichen internationalen Flughäfen des Landes wie

Ezeiza, Córdoba, Mendoza oder Ushuaia auch der Stadtflughafen von Buenos Aires und sämtliche Grenzübergänge. Auch die Sicherheitsmaßnahmen vor jüdischen Einrichtungen seien verstärkt worden. Bei den Bombenanschlägen auf die israelische Botschaft und das Gebäude des jüdischen Sozialwerks AMIA starben 1992 und 1994 insgesamt 114 Menschen, Hunderte wurde verletzt.

Den ganzen Tag über kam es am Mittwoch in der Casa Rosada zu Dringlichkeitssitzungen, an denen neben Verteidigungsminister Pampuro auch Präsident Néstor Kirchner, SIDE-Chef Sergio Acevedo, Justizminister Gustavo Beliz und Kabinettschef Alberto Fernández teilnahmen. Auch Spitzen von Bundespolizei und Militär waren zugegen.

Seinem Wissen nach sei Argentinien aber nur eines von mehreren Ländern, die von der Terrorwarnung betroffen seien, sagte Pampuro. Ein mögliches Attentat würde sich demnach gegen „nordamerikanische, britische und spanische Ziele“ in Buenos Aires

richten.

Die Sicherheitsmaßnahmen vor den Botschaften der USA, Großbritannien, Spaniens und Italiens wurden derweil verstärkt, wie das Innenministerium am Mittwoch bekanntgab. Ebenfalls am Mittwoch wurde in der US-Botschaft im Stadtteil Palermo laut Bericht

ten der Zeitung „La Nación“ bereits ein Katastrophenalarm simuliert. Die Avenida Colombia vor der US-Botschaft war erst unlängst wieder für den Verkehr freigegeben worden, nachdem sie zuvor als Folge der Anschläge vom 11. September 2001 über zwei Jahre gesperrt war.

### Randglossen

**Am vergangenen 25. November konnte Präsident Kirchner sechs Monate Amtszeit begeben. Seine normale Regierungsperiode beginnt allerdings erst am kommenden 10. Dezember für ganze vier Jahre. Die bisherigen Regierungstage wurden Kirchner von Duhalde geschenkt, der sich vorzeitig zurückzog und dann die Wahlen in der Justizialistischen Partei sowie im Lande derart manipulierte, dass Kirchner als sein Günstling siegen konnte. Hierfür wurde Expräsident Menem dämonisiert, den Duhalde zwei Jahre als gewählter Vizepräsident begleitet hatte. Kirchner hat inzwischen einen eigenen Regierungsstil entwickelt, der in den Medien kurz und bündig mit K, dem ersten Buchstaben seines Nachnamens, getauft wurde und sich als denkbar aggressiv gegenüber Andersdenkenden entpuppt hat, so dass zahllose Regierungskritiker dükken, um der Rache des Präsidenten zu entgehen.**

Der geborene Politiker Adolfo Rodríguez Saá aus San Luis, Enkel des gleichnamigen konservativen Gouverneurs und viermaliger Regierungsgewaltiger in seiner Heimatprovinz, kann wie die Katzen das Mäusen nicht lassen. Nach seiner gescheiterten Interimspräsidentschaft von nur sieben Tagen Ende 2001, von der ihn justizialistische Horden verjagten, meldete er sich 2003 als Präsidentschaftskandidat, sammelte einige Millionen Stimmen, fiel aber durch,

und vergnügte sich danach im Mittelmeer mit einer Freundin, die selbstverständlich nicht sein angetrautes Ehefrau ist. Nun schickt sich „el Adolfo“, wie er landesweit genannt wird, wieder an, in die Politik als gewählter Nationaldeputierter für San Luis einzutreten, wo ihn über 70 Prozent der Wähler mit ihren Stimmen beglückt haben, unbeschadet einer Ermittlung über seine angeblich unrechtmässige Bereicherung im Verlauf seiner 18jährigen Amtszeit als Gouverneur. Die Ermittlung ist unterwegs, aber die Wähler scheuen sich nicht darum und bescheiden ihrem Kandidaten eine mindestens vierjährige Immunität vor Gerichtsverfahren.

## WOCHENÜBERSICHT

### Neue Senatoren

Im Senat von Buenos Aires sind am Donnerstag 21 neue Senatoren vereidigt worden, darunter auch der scheidende Gouverneur von Santa Fe, Carlos Reutemann, der Radikale Oscar Castillo (Catamarca) und der Peronist Rubén Marín (La Pampa). Mit Rubén Giustiniani (Santa Fe) sitzt erstmals seit 41 Jahren wieder ein Sozialist im Senat. Ins Oberhaus zogen am Donnerstag auch so umstrittene Politiker ein wie die ehemaligen Gouverneure von Catamarca und Tucumán, Ramón Saadi und Julio Miranda, sowie Ricardo Bussi, Sohn des Ex-Generals Antonio Domingo Bussi.

### Neue Stadtregierung

Stadtregierungschef Aníbal Ibarra hat am Mittwoch seine neue Regierungsmannschaft präsentiert, die den Fuerza Porteña-Chef ab 10. Dezember in seiner zweiten Amtszeit begleiten wird. Er habe bei der Zusammenstellung des 14-köpfi-

gen Kabinetts „keinerlei Druck“ von jedweder Seite erfahren, sagte Ibarra bei der Vorstellung im Rathaus. Seine Mannschaft sei „so vielfältig wie ich selbst“.

### Prozess gegen Azar

Gegen den ehemaligen Sicherheitschef der Provinz Santiago del Estero, Musa Azar, ist am Mittwoch der Prozess eröffnet worden. Azar, ein enger Vertrauter des langjährigen Gouverneurs Carlos Juárez und dessen Frau, der aktuellen Amtsinhaberin Mercedes Marina Aragonés, wird vorgeworfen, geistiger Autor des Doppelmords zu sein, der seit fast einem Jahr die Provinz erschüttert. Im Februar dieses Jahres waren in dem Städtchen La Dársena die Leichen von zwei jungen Frauen entdeckt worden. Es wird vermutet, dass die beiden sterben mussten, weil sie zuviel wussten über das Dickicht aus Drogen, Sex und Macht in der Provinz.

### Neue Ombudsfrau

Der neue Ombudsmann von Buenos Aires ist erneut eine Frau: Alicia Pierini (63) wurde am Mittwoch vom Stadtparlament zur Nachfolgerin von Alicia Oliveira gewählt. Pierini, die sich gegen zahlreiche weitere Abgeordnete durchsetzte, soll damit fortan die Rechte der Bürger gegenüber den Behörden verteidigen. Pierini saß seit dem Jahr 2000 als Abgeordnete im Stadtparlament.

### PAMI-Intervention

Das Rentnersozialwerk PAMI wird ab Januar wieder wie es die Statuten vorsehen von seinem elfköpfigen Direktorium geleitet. Die erklärte Interventor Juan González Gaviola gegenüber der Zeitung „La Nación“ (Freitagausgabe). Präsident Kirchner habe sich für eine „Normalisierung“ der Leitung des Sozialwerks ausgesprochen, heißt es in dem Bericht. Nach seiner Amtsübernahme hatte Kirchner wegen Korruptionsverdacht eine Kontrolluntersuchung des PAMI angeordnet.

### Fernández in Paris

Argentiniens „Primera Dama“ Cristina Fernández de Kirchner hat zum Abschluss ihres mehrtägigen Paris-Aufenthalts am Donnerstag mit Frankreichs Außenminister Dominique de Villepin die Frage der Tarifierhöhungen der Versorgerbetriebe diskutiert. Nach Medienberichten hat Fernández dem Franzosen dabei erklärt, dass eine Anhe-

bung der Tarife die politische Stabilität Argentiniens gefährde. Französische Investoren fordern seit der Abwertung im Januar 2001 eine Anhebung. Weitere Gesprächsthemen waren die argentinische Außenschuld sowie eine mögliche Auslieferung des ehemaligen Freigattenskapitäns Alfredo Astiz.

### Duhalde bei Kirchner

Der ehemalige Interimspräsident Eduardo Duhalde hat Staatschef Néstor Kirchner am Donnerstag in der Casa Rosada über eine anstehende Nahost-Reise informiert. Duhalde wird in seiner Funktion als kommender Kommissions-Präsident des Mercosur vom Dienstag an gemeinsam mit Brasiliens Präsident Lula da Silva für zehn Tage in den Libanon, VAE, Ägypten und Libyen reisen. Dabei soll für Abkommen mit dem Mercosur geworben werden.

### Menem-Konten

Die argentinische Justiz kann mit Informationen ihrer Schweizer Kollegen über Menem-Konten in der Schweiz rechnen. Wie aus einem Bericht der Zeitung „La Nación“ hervorgeht, habe die Schweizer Richterin Christine Junod entsprechende Äußerungen gemacht. Die Zeitung bezieht sich dabei auf ein Meldung der Nachrichtenagentur AFP. Demnach handle es sich um Informationen über einen Halter eines so genannten „Menem-Kontos“ in der Schweiz.

# Río Tercero-Explosion vorsätzlich

## Sachverständigenkommission legt Bericht über Detonation von 1995 vor

Buenos Aires (AT/JW) - Jetzt ist es offiziell: Die Explosion in der Munitionsfabrik der argentinischen Streitkräfte in Río Tercero 1995 wurde vorsätzlich ausgelöst. Dies geht aus einem Bericht einer unabhängigen Sachverständigenkommission hervor, der am Montag dem Bundesgericht von Río Tercero vorgelegt wurde. Der Öffentlichkeit wurde das Material am Mittwoch zugänglich gemacht.

Bei der Explosion am 3. November 1995 nahe der Kleinstadt Río Tercero in der Provinz Córdoba kamen sieben Menschen ums Leben, 300 wurden zum Teil schwer verletzt. Die Detonation sorgte zudem in mehreren Stadtteilen für teilweise erhebliche Zerstörungen.

Nach Zeitungsberichten vom Donnerstag kam eine vierköpfige Sachverständigenkommission jetzt zu dem Schluss, dass nicht nur die Initialzündung der Explosion vorsätzlich ausgelöst wurde. Durch mehrere lancierte Folgeexplosionen sei die Druckwelle und damit die Zerstörungsgewalt der ersten Detonation „erheblich“ verstärkt worden. Der Bericht nennt zugleich fünf Verdächtige, denen schuldhaftige Zerstörung bzw. fahrlässige Vernachlässigung der Sicherheitsvorkehrungen vorgeworfen wer-

den.

Die Munitionsfabrik von Río Tercero soll zwischen 1991 und 1995 Zentrum eines illegalen Waffenschmuggelrings gewesen sein, der Material aus Armeebeständen nach Ecuador und Kroatien geliefert haben soll. Gegen beide Länder hatte die UN zum damaligen Zeitpunkt jedoch ein Waffenlieferungsverbot verhängt. Vor zwei Jahren war in dem Fall bereits gegen den damaligen Präsidenten Carlos Menem ermittelt worden. Dem heute 73-Jährigen wurde vorgeworfen, Kopf einer „illegalen Vereinigung“ zu sein, die sich den Waffenschmuggel nach Ecuador und Kroatien „zum Ziel gesetzt“ habe. Nach sechs Monaten in Untersuchungshaft kam Menem im November 2001 frei.

Zum Zeitpunkt der Explosion 1995 war der Waffenschmuggel bereits aufgeflogen und Ermittler in Río Tercero auf Spurensuche. Die bisherigen Untersuchungen waren eingeleitet worden, nachdem die Witwe eines der Explosionsopfer vor Gericht gezogen war. Sie hatte zu beweisen versucht, dass mit der Detonation Beweismaterial über den Waffenschmuggel vernichtet werden sollte.

# Bilanz des Wahljahres

Weil im Juli 2002 der damalige Interimspräsident Eduardo Duhalde nach zwei von der Polizei an der Pueyrredón-Brücke erschossenen Aktivisten, genannt „piqueteros“, unerwarteterweise vorgezogene Präsidentschaftswahlen für April anstatt Oktober 2003 ankündigte, veränderte sich der Wahlkalender des Jahres 2003. Eigentlich hätte Duhalde bis zum 10. Dezember 2003 regieren sollen, wofür ihn der Kongress am 1. Januar 2002 ernannt hatte. Dann wären sicherlich alle nationalen, provinziellen

und Gemeinde-Wahlen an einem Wahlsonntag im Monat Oktober mit Zweitwahl im November abgehalten worden.

Die einsame Entscheidung Duhaldes, die Präsidentschaft knapp über ein halbes Jahr vorher abzugeben, bewirkte einen eigenartigen Wahlkalender. Die Bürger/innen wurden an verschiedenen Wahlsonntagen in Provinzen und Gemeinden aufgerufen, nachdem Ende April der damalige Gouverneur von Santa Cruz, Néstor Kirchner, die Wahl gegen Ex-

präsident Menem zwar mit 22 Prozent gegen 24 Prozent der Stimmen verloren hatte, aber trotzdem siegte, weil nach dem Verzicht Menems die Zweitwahl entfiel. Bis zum 23. November wurden an zahlreichen Sonntagen in allen Gliedstaaten gewählt, in einigen sogar zwei oder drei Mal für verschiedene Wahlämter.

Die nüchterne Bilanz des Wahljahres beweist, was aufmerksame Beobachter vermutet hatten: anstatt dass alle Politiker abtreten, wie es von politischen Aktivisten Ende 2001 und Anfang 2002 („que se vayan todos“) skandiert wurde, sind nahezu alle Politiker wieder gewählt worden, sei es als Gouverneure, deren zehn, oder als Bürgermeister sowie im nationalen Kongress, in den 24 Legislativen der Provinzen und der Stadt Buenos Aires und der nahezu 2000 Gemeinden. Lediglich die Provinz Corrientes wählte ihren Gouverneur nicht, dessen Mandat erst 2005 erlischt.

Mehrere Gouverneure, die nicht wieder gewählt werden durften, liessen sich in den nationalen Kongress als Senatoren oder Abgeordnete wählen, ebenso Kabinettsminister des scheidenden Präsidenten Duhalde. Nur wenige Amtsträger bekleden ab 10. Dezember kein Wahlamt mehr, darunter als prominenteste Politikerin die ARI-Vorsitzende Elisa Carrió, die auf eine Wiederwahl als Abgeordnete für ihre Heimatprovinz Chaco verzichtete, weil sie inzwischen ihr Domizil in der Stadt Buenos Aires aufgeschlagen hat, um sich 2005 hier als Kandidatin für ein Deputiertenamt abermals zu stellen.

Die Wahlen entpuppten sich als ein deutlicher Sieg der Kandidaten, die sich zur Justizialistischen Partei bekennen, mehrere allerdings unter anderen Fahnen. Die Partei regiert künftig in 16 Provinzen mit grossem Abstand vor 6 UCR-Gouverneuren und zwei anderer Parteien. PJ-Kandidaten siegten in den drei grossen Provinzen Buenos Aires, Santa Fe und Córdoba, wobei die Stadt Buenos Aires mit dem wiedergewählten Anibal Ibarra sich transversal zu Präsident Kirchner bekennt. Mittlere Provinzen wie Entre Ríos und Tucumán sowie zahlreiche andere

Provinzen mit geringerer Bevölkerung werden von PJ-Kandidaten regiert. Den Radikalen gelangen nur die politischen Überraschungen, dass sie zuerst die kleinste Provinz Tierra del Fuego gewannen und dann die Provinz Mendoza, wo Wiederwahlen nicht erlaubt sind, mit ihrem Kandidaten Julio Cobos, einer der seltenen Neulinge, behielten. In Neuquén siegte Jorge Sobisch von der Lokalpartei für eine dritte Wahlperiode.

Im nationalen Kongress beherrschen 132 justizialistische Abgeordnete und 41 Senatoren mit absoluter Mehrheit beide Häuser. Zudem pflegen zahlreiche Abgeordnete und Senatoren anderer Parteien gegebenenfalls mit den Justizialisten abzustimmen und für die vorgeschriebenen Beschlussmehrheiten zu sorgen.

Die Justizialisten hören freilich auf verschiedene Führer. Expräsident Duhalde kontrolliert 40 Nationalabgeordnete, mehrere Senatoren und zahlreiche Bürgermeister unweit der Bundeshauptstadt. Präsident Kirchner kann nur mit 20 Nationalabgeordneten als eigene Truppe zählen, unterhält jedoch informelle Allianzen mit Gouverneuren und Parlamentariern anderer Parteien. Das wird neuerdings transversale Politik genannt. Kirchner lehnt es ab, den Vorsitz der Justizialistischen Partei zu übernehmen. Die Provinzgouverneure üben traditionell grossen Einfluss auf die Parlamentarier ihrer Gliedstaaten aus.

Bis 2005 werden keine Wahlen einberufen, vorbehaltlich unvorhersehbare Demissionen, Todesfälle oder Absetzungen. Die Regierung Kirchner kann sich bequem um Gesetze kümmern, die ihr am Herzen liegen, ohne jeweils auf Umfragen über Wählerabsichten zu schielen, die eigene Kandidaten oder transversale Alliierte begünstigen bzw. schädigen mögen. Eine politisch günstigere Bilanz des Wahljahres kann man sich für eine Regierung kaum vorstellen, zumal gleichzeitig die Wirtschaft kräftig wächst, die Arbeitslosigkeit abnimmt und neue Investitionen vorpreschen. Mit den gewalttätigen „piqueteros“ wird die Regierung leider nicht fertig.

## Mit elf den ersten Schluck

Argentinien Jugendliche beginnen immer früher mit dem Alkoholkonsum

Von Adibeli Nduka-Agwu

Buenos Aires - Eigentlich hätte schon viel früher etwas unternommen werden müssen, denn das Problem ist überall und zu jeder Zeit für jedermann sichtbar. Schon um die Mittagszeit beobachtet man Jugendliche mit Bierflaschen in der Hand an Schuleingängen, in Parks und immer wieder nahe von Maxikiosken. Teilweise noch in Schuluniform trinken die vielfach gerade erst zu Teenagern gewordenen Mädchen und Jungen billigsten Alkohol mit dem einfachen Ziel sich zu betrinken.

Gerade diese Offensichtlichkeit und die Allgegenwärtigkeit der Trinkenden machen einen grossen Teil des Problems aus: der Anblick von trinkenden Kindern und Jugendlichen ist zur Gewohnheit geworden. Für viele Eltern wäre es das schlimmste aller Horrorszenarien ihren Nachwuchs beim Schnupfen von Kokain oder beim Klebstoffschnüffeln zu erwischen, während sie in aller Seelenruhe zusehen, wenn der Zögling sich mit ein paar Freunden und ein paar Flaschen Bier in seinem Zimmer verdrückt.

Dass 99 Prozent der Konsumenten von den sogenannten harten Drogen einmal mit Alkohol an-

gefangen haben, gerät dabei in Vergessenheit. Ebenso die Folgen, die Alkoholkonsum, besonders bei unkontrollierten Mengen, auf Körper und Seele der Heranwachsenden haben kann. In den vergangenen Jahren haben sich die Einlieferungen in Krankenhäuser auf Grund von einem Übermass an Alkoholgenuss verdoppelt. Besonders spät abends, dann ganz außerhalb der elterlichen Kontrolle, treffen sich die Jugendlichen, um - bevor sie schließlich eine Diskothek betreten - so viel wie möglich getrunken zu haben. Bei diesen „preboliches“ geht es vor allem darum Geld zu sparen, denn der Alkohol an einem Maxikiosk hat deutlich kleinere Auswirkungen auf den ohnehin meist nicht sehr prallen Geldbeutel der Teenager. Für den Preis eines Drinks in einer Disko können fünf Einliter-Flaschen Bier, das beliebteste Getränk jungen Trinker, erstanden werden. Es gilt, sich in kurzer Zeit möglichst stark zu betrinken, damit der Rausch dann auch die ganze Nacht hindurch anhält. „Man kriegt so einfach bessere Laune und ist nicht mehr so gehemmt. Einfach entspannter,“ erklärt sich der 18-jährige Mario den Griff zur Flasche.

Quellen der billigen Rauschmittel gibt es derweil genug. Allein in der Hauptstadt stehen den Jugendlichen rund 2000 Maxikiosks zur Verfügung, und kaum einer der Betreiber schert sich um das Alter seiner Kunden. So war es zumindest bis zum 1. November. Denn seitdem verbietet ein Gesetz den Verkauf von Alkohol auf der Straße zwischen 23 und 8 Uhr.

Was man im Straassenbild von Buenos Aires sieht, spiegelt sich auch in den Statistiken wider. Demnach haben 60% aller 12- bis 15-Jährigen schon einmal Alkohol getrunken, und ein Drittel dieser im Vormonat bei einem nächtlichen Treffen auf der Straße. Den ersten Kontakt mit Alkohol haben die Kinder durchschnittlich meist schon mit elf Jahren. Bei den 18- bis 25-Jährigen hatten sogar 67% im Vormonat Alkohol konsumiert. In dieser Gruppe laufen dann jedes Mal 100 Milliliter reiner Alkohol die Kehlen hinunter. Das entspricht zwei Litern Bier, einem Liter Wein oder einem Vierteller Weinbrand. Da verwundert es auch nicht, dass sich der Bierkonsum in Argentinien seit 1981 verfünffacht hat.

Dr. Hugo Miguez hat in seiner

„Psychiatrisch-epidemiologischen Studie zur Alkoholisierung Jugendlicher in Argentinien“ feststellen müssen, dass der Alkohol dabei wie eine harte Droge angewendet wird. Das Ziel des Trinkens ist, ungleich beim Konsumieren von beispielweise Wein zu einer Mahlzeit, nicht der Genuss, sondern der Zustand der Trunkenheit. „Heute hat das regelmäßige Trinken von Wein, den Weg ebnet zu den exzessiven Alkoholeinnahmen am Wochenende“, erklärt der Mediziner. Viele der Jugendlichen fühlten sich einem konstanten Druck ausgesetzt. Sei es wegen schulischer Leistungen, dem Druck, Markenklamotten zu tragen, oder Problemen zu Hause. „Sie wollen die Kontrolle verlieren, abschalten und vergessen können“, meint Miguez. Bier oder auch immer häufiger der noch günstigere Wein aus den Tetrapacks erfüllen diesen Zweck.

Sieben von zehn Schülern zwischen 17 und 18 Jahren trinken nach einer Untersuchung des Sekretariats für Drogenprävention und Bekämpfung von Drogenhandel (Sedronar) Alkohol. Doch Argentinien ist mit diesen traurigen Rekorden nicht allein. Die Weltgesundheitsorganisation berichtet,

dass in den vergangenen Jahren die Zahl der trinkenden Jugendlichen weltweit um 20% gestiegen ist. In Deutschland, einem Land in dem der Alkoholkonsum ab 16 Jahren erlaubt ist, trinken von 100 Jugendlichen zwischen 16 und 17 Jahren 37 mindestens einmal die Woche. Bei den 24 bis 25-Jährigen sind es sogar 44.

Das neue Gesetz ist kaum geeignet, diesem Trend entgegen zu wirken. Die Kioskbesitzer halten sich nicht an die Sperrstunde. Fast überall bekommt man nach 23 Uhr noch Alkohol. "Wenn ich nichts verkaufe, macht ein anderer das Geschäft," sagt Santiago, dessen Kiosk bei der Avenida Corrientes am Wochenende bis vier Uhr morgens geöffnet ist. Befürchten muss er allerdings nichts, denn bisher wurden keine Strafen für Missachtung der Sperrzeit festgelegt.

Für Stadtregerungschef Aníbal

Ibarra ist das ein Grund, sein Veto gegen die Norm einzulegen. Ihm geht das Gesetz auch nicht weit genug, er will ein generelles Verkaufsverbot für Alkohol in Kiosken. Das wiederum könnte vielen kleinen Läden den Garaus machen. Der Verkauf von Bier und Wein macht einen großen Teil ihres Umsatzes aus.

Fraglich ist auch, ob radikale Prohibitions Gesetze generell ein geeignetes Mittel gegen Drogenmissbrauch sind. Und so bleibt es letztlich bei den Eltern eine größere Wachsamkeit für das Tun ihres Nachwuchses zu entwickeln und diesem einen verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol beizubringen und vor allem vorzuleben. Denn selbst wenn die Jugendlichen mit dem neuen Gesetz von den Straßen verschwinden sollten, das Problem schwindet damit noch lange nicht.

## Busti Gouverneur von Entre Ríos

Buenos Aires (AT/JW) - Jorge Busti (56) hat die Gouverneurswahl vom vergangenen Sonntag in Entre Ríos gewonnen. Der Peronist erhielt über 45 Prozent der Stimmen. Der UCR-Kandidat Sergio Varisco, der auf rund 37 Prozent kam, gestand bereits wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale seine Niederlage ein. Busti, derzeit als Senator für seine Heimatprovinz im Kongress von Buenos Aires, wird am 10. Dezember seine dritte Amtszeit als Gouverneur antreten. Der Urnengang in Entre Ríos, bei dem der PJ auch das Bürgermeisteramt in der Provinzhauptstadt Paraná gewann, war zugleich die letzte Gouverneurswahl in diesem Jahr. In einem bunten Wahl-Potpourri wurde am Sonntag in drei weiteren Provinzen abgestimmt, nicht jedoch über Gouverneursposten.

In San Luis errang der ehemalige Siebentage-Präsident Adolfo Rodríguez Saá dabei einen Abgeordnetensitz im Parlament in Buenos Aires. „El Adolfo“ kam auf knapp 73 Prozent der Stimmen. Bei der Oberbürgermeisterwahl setzte sich mit rund 60 Prozent die Peronistin María Angélica Torrontegui durch, eine Kandidatin von Gouverneur und Adolfo-Bruder Alberto Rodríguez Saá. Über ihre Amtseinführung muss jedoch die Justiz entscheiden: Einen ersten, von der Nationalen Wahlkommission nicht genehmigten Urnengang, hatte vor drei Wochen der Rodríguez-Gegner Daniel Pérsico gewonnen.

In Corrientes wurde derweil der ehemalige Gouverneur Raúl „Tato“ Romero Feris (Partido Nuevo, PANU), gegen den mehrere Verfahren wegen Korruption laufen, zum Senator gewählt. Ansonsten setzte sich bei den Legislativwahlen in Corrientes die Regierungskoalition Frente de Todos aus PJ und UCR gegen den PANU durch. In Tierra del Fuego schließlich gewann die Carrió-Partei ARI bei der Wahl der Abgeordneten klar gegen den PJ. Für die Peronisten, die im kommenden Januar das Gouverneursamt abtreten müssen, war es bereits die dritte Abstimmungsniederlage in Feuerland in den vergangenen vier Monaten.

## TABELLEN

### Fußball

#### Copa Sudamericana - Halbfinale, Hinspiel

River Plate - Sao Paulo 3:1.

#### Torneo Apertura

**15. Spieltag:** Boca Juniors - Quilmes 0:0, San Lorenzo - Banfield 1:0, Racing Club - Independiente 1:1, Chacarita - River 1:0, Lanús - Newell's 3:2, Rosario Central - Olimpo 2:2, Gimnasia LP - Colón 2:0, Atlético Rafaela - Nuevo Chicago 1:1, Talleres - Estudiantes LP 2:1, Vélez - Arsenal 1:1.

**16. Spieltag:** Arsenal - Boca 1:2, SL - Gimnasia 0:1, Newell's - Talleres 4:3, Independiente - Lanús 0:0, Colón - Central 2:2, Estudiantes - Rafaela 0:0, Quilmes - Chacarita 0:0, Banfield - Chicago 2:0, Olimpo - Vélez 1:0. River - Racing verschoben.

**Tabellenspitze:** 1. (und Meister) Boca 38 Punkte, 2. SL 30.

## Faustball

### Brasilien WM

Gastgeber Brasilien hat seinen WM-Titel erfolgreich verteidigt. Im Finale der 11. Weltmeisterschaft schlug die „Selecao“ am Sonntag in Porto Alegre vor 3.000 Zuschauern Rekordweltmeister Deutschland (9 Titel) klar mit 3:0. Im Spiel um Platz drei setzte sich Österreich mit 2:0 gegen die Schweiz durch. Im Halbfinale hatte Brasilien gegen die Schweiz triumphiert, Deutschland gewann gegen Österreich. Fünfter wurde Argentinien (2:0 gegen Dänemark), Siebter Namibia (2:1 gegen Chile). Dänemark steigt damit in die A-Gruppe auf, Namibia in die B-Gruppe ab. (dpa/AT)

## Wenn Titelfeiern zur Gewohnheit wird

### 20. Meisterschaft für Boca Juniors Nur 5000 Fans am Obelisk

Buenos Aires (AT/JW) - Fahne gehisst. Kaum war im Stadion Juan Domingo Perón von Avellaneda der Schlusspfiff ertönt, wurde im Stadtzentrum von Buenos Aires Flagge gezeigt: Freuden-trunkene Fans der Boca Juniors hissten auf der Plaza de la República ein riesiges blau-gelbes Banner und tanzten zu Füßen des Obeliskens Ringelreih. „Dale Boca“ und „Campeón, Campeón“ tönte es aus rund 5000 Kehlen, Spottgesänge auf den Erzrivalen River Plate wurden angestimmt und Silvesterknaller gezündet, denn mit dem 2:1 (1:0)-Sieg beim FC Arsenal hatte sich der Traditionsverein am Donnerstagabend den 20. Meistertitel seiner Geschichte gesichert.

Bei nun acht Punkten Vorsprung auf den Zweitplatzierten San Lorenzo ist den Blau-Gelben um Trainer Carlos Bianchi damit zwei Spieltage vor Ende des Torneo Apertura der Saison 2003/04 der erste nationale Titel seit drei Jahren nicht mehr zu nehmen. Doch die Feierlichkeiten rund um den Obelisk von Buenos Aires hielten dem Vergleich mit den Freudenfeiern vor knapp fünf Monaten bei weitem nicht stand.

Damals hatte Boca gegen Santos zum fünften Mal die Copa Libertadores gewonnen - und 25.000 tanzten wie im Delirium die halbe Nacht hindurch. Diesmal war der Spaß nach gut drei Stunden wieder vorbei. Man wird offenbar

auch in der laut Volksmund größten Fangemeinde des Landes des Feierns etwas müde. Immerhin blieben am Donnerstag - anders als noch Anfang Juli - Ausschreitungen aus.

Was nicht auf sich warten ließ waren die Elogien auf Trainer Bianchi. Der 54-Jährige stand am Donnerstag zum 300. Mal als Boca-Coach an der Seitenlinie und feierte mit den „Xeneizes“ bereits den insgesamt achten Titel seit 1998 (vier Meisterschaften, drei Libertadores und einen Weltpokal). Die Zeitung „La Nación“ errechnete flugs, dass die Blau-Gelben in dieser Zeit unter der Regie des „ewigen Siegers“ 65 Prozent aller möglichen Punkte gewonnen. „Bianchi ist der beste Trainer der Welt“, lobte Stürmer Guillermo Barros Schelotto. „Bianchi (nach dem Sabbatjahr 2002) zurückzuholen, war wie der Kauf eines Loses, von dem man sicher weiß, dass es auch gewinnt“, jubelte Klubpräsident Mauricio Macri.

Tatsächlich stellt Boca im aktuellen Torneo bislang den treffsichersten Sturm (29 Tore) und die stabilste Abwehr (8). Von 17 Spielen wurden elf gewonnen, nur eines ging verloren. Seit Saisonbeginn steht das Team auf Platz eins. Nach einer Startphase mit fünf Siegen in Folge und teilweise traumhaften Fußball verlor der neue Meister zur Mitte des Turniers hin zwar etwas an Fahrt. Die „Hauptrolle“ habe man jedoch nie



CD Rom / Touch-Screen  
Web / Video Digital  
3D / Animaciones

**(5411)4703-5509**

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

abgegeben, freute sich Coach Bianchi.

Seine Mannschaft sei in sich gewachsen, habe „intelligenten und aggressiven Fußball“ gespielt und immer versucht, das Spielgeschehen zu bestimmen. Ergo sei

Boca ein verdienter Champion. Sagte es und verwies schon auf das nächste Ziel: „Jetzt wollen wir gegen Milan auch den Weltpokal gewinnen.“ Es wäre nach 2000 das zweite Triple für Bianchi und Boca.

## AUSFLÜGE UND REISEN

### Uruguay mit günstigen Tarifen

Jeder argentinische Besucher fühlt sich in Uruguay von irgend etwas anderem angezogen: von Montevideo als Abbild des Buenos Aires der 30er Jahre der eine, andere von den endlosen Stränden mit schneeweißem Sand, vom mondänen Punta del Este ein dritter, vom beschaulichen Colonia del Sacramento und seinem Kolonialstil wiederum ein weiterer.

Uruguay, wo sich kaum so direkt wie anderswo Tradition und Moderne begegnen, bereitet sich heuer, nach mehreren schwachen Urlaubssaisons (seit der brasilianischen Abwertung 1999, und der argentinischen Ende 2000), auf eine „Temporada“ in altem Glanz vor. Allerdings haben Hoteliers und Restaurantbetreiber entsprechend vorgebaut und die Tarife im Verhältnis zum Vorjahr teilweise herabgesetzt. In anderen Fällen werden Ausflugs Pakete in Kombination mit Buquebus zum selben Preis wie früher angeboten, nur dass die Dauer etwas verkürzt wird. Appartementmieten sind - auf Peso-Basis - teilweise billiger als in vorigen Jahren.

Auch wichtig zu wissen, dass sowohl Fährrpassagen wie auch Hotelreservierungen mit Rabatt erworben werden können, wenn man vor Beginn der Hauptsaison bezahlt; mit Kreditkarten sind drei Raten ohne Aufschlag möglich.

Besonders vielfältig zeigt sich dem Besucher Piriápolis, die von Francisco Piria am Fuß des 526 Meter hohen Pan de Azúcar schon 1890 in einer Bucht parzellierte Bäderstadt mit dem um 1930 fertiggestellten

Argentino Hotel im Stil und Geist der Belle Epoque. Neben den üblichen Ausflügen und Besuchsmöglichkeiten in der Umgebung wie etwa die Reserva de Fauna Autóctona am Fuß des Pan de Azúcar mit 600 Tieren im Freigehege, besitzt Piriápolis neuerdings bei Cerros Azules auch eine Yacaré-Farm; die Aufzucht dieser Kaimane kann besichtigt werden. Ferner kann man bei Punta del Este eine Estancia besuchen, auf der südamerikanische Straußenvögel (ñandúes) gezüchtet werden und wo man komplette Menüs und Asados auf der Basis von Straußenfleisch verkosten und Straußenwurst einkaufen kann, desgleichen Lederartikel aus gegerbter Straußenhaut.

In Colonia wird derzeit ein Fünf-Sterne Hotel fertig gestellt, die Überfahrt mit der Turbinenfähre Buque Avión nach Montevideo dauert nur etwas mehr als zweieinhalb Stunden. Für manchen eine echte Alternative zur argentinischen Atlantikküste. Der gängige Werbeslogan Uruguays lautet „Fern und doch nah“.

Prospekte, Fahrpläne, Preislisten und Auskunft erhält man sowohl bei Buquebus, Tel.: 4318-6500, als auch in der uruguayischen Fremdenverkehrsvertretung, Av. Las Heras 1907, Tel.: 4807-3031, wochentags 9.30-17.30 Uhr.

### Känguruhs in Argentinien

Im Süden des heutigen Argentinien existierte einmal das Reino de la Araucania, das sein eigenes Geld herausgab. Ein rumänischer Goldsucher namens Julius Popper schürfte auf Feuerland das gelbe Metall in solchen Mengen, dass er ein kleines Herzogtum schuf und eigene Goldmünzen stanzte. Auch in Chilecito (La Rioja) wurden zeitweise Goldfische geprägt, und in Großbritannien wurde für ein argentinisches Kreditinstitut eine Banknote gedruckt, deren Bildmotive eine Palme und ein Känguruh waren, weil man in London offenbar Argentinien mit Australien verwechselte.

Mit etwas Muße kann man im Museo Numismático del Banco Central noch zahlreiche andere Kuriositäten der argentinischen Zahlungsmittel kennen lernen, wie etwa auch die Geschichte des Patacón. San Martín 216, montags bis freitags 10-15 Uhr.

Marlú

# Performance zur Globalisierung

Deutsche Theatergruppe „Lubricat“ führt in Buenos Aires „Mutation“ auf  
Von Adibeli Nduka-Agwu

Ein Sprachgewirr aus Deutsch, Spanisch und Englisch füllt den geräumigen Probenraum im vierten Stock des Centro Cultural Ricardo Rojas der Universidad de Buenos Aires. Die fünf Schauspieler kleben nach einem langen Probenstag noch letzte Werbekarten zusammen. Nicht einmal eine Woche bleibt ihnen bis zur Premiere der Produktion „Mutation 2-Vuelvo Enseguida/We'll be right back“. Dabei ist es noch keine sechs Wochen her, da gab es noch nicht einmal ein Drehbuch. „Wir haben immer nur sechs Wochen Zeit, um ein gesamtes Stück zu entwickeln“, erklärt Regisseur Dirk Cieslak. „Aber das war ja auch Teil der Ursprungsidee.“

Diese Ursprungsidee, von der der hochgewachsene Regisseur des Theaterensembles „Lubricat“ aus Berlin spricht, existiert schon seit langer Zeit. Damals hatten er und sein Dramaturge Zebu Kluth den Gedanken, sich mit dem Thema Globalisierung auseinanderzusetzen. Die entscheidende Frage dabei war, wie der technische Vor-



gang der Globalisierung für das Theater nutzbar gemacht werden könnte. Das Internet war dabei die erste Station. Auf ihrer Website [www.mutation-workspace.de](http://www.mutation-workspace.de) entstand ein Treffpunkt für Interessierte aus aller Welt, wo Inspirationen und Kontakt für das Projekt gesammelt wurden.

Und schließlich stand die Idee: Cieslak würde mit zwei Schauspielern aus Deutschland in verschiedene Städte rund um den Globus reisen, um dort mit je drei

einheimischen Schauspielern gemeinsam ein Theaterstück zum Thema Globalisierung zu entwickeln. Die erste Station war Richmond in den USA. Buenos Aires ist die zweite Station, danach folgen noch Lagos/Nigeria und Schanghai/China, bevor schließlich eine Endproduktion mit allen Schauspielern in Berlin stattfinden wird.

Finanziert wird das Projekt vom Hauptstadtkulturfond, und zusätzlich arbeiten die Schauspie-

ler von „Lubricat“ in jedem Land mit einer Organisation zusammen, wie hier in Buenos Aires mit dem Rojas-Kulturzentrum.

„Ich bin vor Beginn des Projektes mit einem meiner Schauspieler in die verschiedenen Städte gereist, und so haben wir Kontakte geknüpft und uns dann bewusst für das Rojas entschieden, weil es so zentral ist, und damit einen Teil der Globalisierung und Urbanisierung symbolisiert“, erläutert Cieslak.

Genauso wurden die Schauspieler vor Ort ausgesucht. „Es gab verschiedenste Wege, wie sie zu uns gestoßen sind. Manche durch Castings, andere durch Bekannte.“ So kommt es denn auch, dass in Buenos Aires ein ausgebildeter Clown dabei ist, genauso wie die Schauspielerin Tatiana Saphir, die gerade am Dienstag mit dem Clarín-Preis als beste „weibliche Neuentdeckung“ ausgezeichnet worden ist.

Bei der Entwicklung des eigentlichen Werkes ist dem Regisseur vor allem wichtig, dass tat-

sächlich zusammengearbeitet wird und die eine Gruppe der anderen zeigt, wie Theater im jeweiligen eigenen Land abläuft. „Als allererstes müssen wir eine gemeinsame Sprache entwickeln. Da muss nicht jeder alles verstehen, sondern die generelle Kommunikation muss stimmen.“ An genau die scheint der Regisseur sich so sehr gewöhnt zu haben, dass er immer wieder englische und spanische

Worte in seine Sätze mischt.

„Es war nicht immer einfach. Wir Deutschen sind ja sehr an Pünktlichkeit gewöhnt. Und wir diskutieren auch nicht so viel während der Proben“, berichtet Niels Bormann, einer der deutschen Schauspieler, lächelnd über die Zusammenarbeit mit den drei argentinischen Schauspielern. Sieben bis zehn Stunden arbeiten sie täglich. Zuerst wurden durch Im-

provisionen, die auf Video aufgenommen wurden, Ideen gesammelt, die dann die erste Version des Drehbuchs ergeben, das allerdings noch mehrere Mal abgeändert wird, bevor der Text endgültig steht. Und dieser ist in Buenos Aires auch ein Gemisch aus Deutsch, Spanisch und Englisch, allerdings darauf abgezielt, dass man dem Stück auch nur mit Spanischkenntnissen folgen kann.

Am nächsten Montag hat die Performance „Mutation“ dann Premiere. So kann sich jeder selbst ein Bild von dieser deutsch-argentinischen Produktion zum Thema Globalisierung machen.

(„Sala Cancha“ des Centro Cultural Rojas, Av. Corrientes 2038; gespielt wird das Stück eine Woche lang jeden Abend bis zum 6.12., jeweils um 21 Uhr; Eintritt 3 Pesos.)

## Blickwinkel zum Thema Exil

Deutsch-kurdischer Autor Fatah mit Osvaldo Bayer und UBA-Professoren  
Von Adibeli Nduka-Agwu

„Im Grenzland“ heißt das Buch von Sherko Fatah, das am Mittwochabend Anlass zu einer angeregten Interpretationsrunde in der Universidad de Buenos Aires (UBA) gab. Das Erstlingswerk des deutsch-kurdischen Autors handelt von einem Schmuggler, der im Grenzland zwischen Iran, Irak und Türkei tätig ist. Er muss, um seine Ware zu transportieren, seinen Weg genau kennen, denn im Boden unter seinen Füßen lauert ein tödliche Gefahr: Landminen. Doch wer bei diesem Roman eine folkloristische, sentimentale Ode an Sherkos Vaterland erwartet, hat

weit gefehlt. Das mit dem Akzente-Preis ausgezeichnete Buch ist aus einer großen Distanz, fast mit einer gewissen Kälte geschrieben worden. Fatah selbst erklärte diese Distanz am Mittwoch so: „Die Heimat meines Vaters ist nicht mehr meine Heimat.“ Trotz zahlreicher positiver Erinnerungen an Besuche in den Irak, „ist mir dieses Land letztendlich sehr fremd“. Und auch seine Erfahrungen mit dem Fremdsein, nach der Umsiedlung seiner Familie aus der damaligen DDR ins West-Exil, inspirierten den Autor.

So kam in der literarischen

Runde schnell das Gespräch auf das Thema Exil. Ralph Buchenhorst, Professor für deutsche Literatur an der UBA und Diskussionsleiter, erläuterte die verschiedenen Formen des Exils. Und auch Helmut Galle, Professor für deutsche Literatur an der Universität von Sao Paulo und Regula Rohland de Langbehn, Professorin für deutsche Literatur an der UBA, erhielten das Wort. Den verschiedenen Interpretationen zum Buch lauschte Fatah interessiert, wenngleich er sie nicht als seine Intention beim Schreiben akzeptieren wollte, mit der Begründung: „Der

Autor eines Buches muss immer ein wenig dümmer sein als die, die das Buch interpretieren.“

Schließlich kam Osvaldo Bayer zu Wort. Mit viel Witz gab der Historiker und Drehbuchautor („La Patagonia Rebelde“), der außerdem einen Lehrstuhl für Menschenrechte an der UBA ausfüllt, seine eigenen Erfahrungen mit dem Exil in Deutschland wieder. Und so wurde dem Publikum, das im Laufe des Abends stetig größer wurde, tiefere Einblicke in das Leben von Exilanten gegeben und ganz sicher viel Anlass zum Nachdenken.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,00.** Die Terminkurse betragen zum 28.11. \$ 2,960, 31.12. \$ 2,975, 30.1. \$ 2,980, 27.2. \$ 2,990, 31.3. \$ 2,990 und 30.4. \$ 3,000.

\*\*\*

**Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 7,7% auf 993,53,** der Burcapindex um 5,5% auf 2.161,85, **und der Börsenindex um 6,3% auf 41.483,49.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 0,3% auf \$ 1,7456.**

\*\*\*

**Die Gold-, Devisen- und Anlagensreserven der ZB betragen am 24.11.03 US\$ 13,45 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 26,22 Mrd.** Eine Woche zuvor waren es US\$ 13,43 Mrd. bzw. \$ 26,31 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 12,75 Mrd. bzw. \$ 25,35 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 9,91 Mrd. bzw. \$ 15,79 Mrd.

\*\*\*

**Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 25.11. 88,5%.**

\*\*\*

**Staat, Sozialwerke und private Krankenkassen schulden den Gesundheitsdienstleistern (Sanatorien, Kliniken und Laboratorien) \$ 2,75**

**Mrd.** Die Aufstellung wurde Wirtschaftsminister Lavagna vom Vorsitzenden von ASCES (Argentina Salud-Comunidad Económico Social), die die Gesundheits-Dienstleister des ganzen Landes vereint, übergeben. Die Investitionen der Dienstleister, vorrangig kleine und mittelständische Unternehmen, die direkt 614.000 Mitarbeiter und indirekt weitere 200.000 beschäftigten, betragen \$ 6,05 Mrd. Das staatliche Rentnersozialwerk schuldet ihnen \$ 972 Mio. (34,5%), andere staatliche Sozialwerke \$ 1,05 Mrd. (38,3%), Sozialwerke der Provinzen \$ 360 Mio. (13,1%) und private Krankenkassen \$ 361 Mio. (13,2%).

\*\*\*

**Das Montagewerk Iveco Argentina, Córdoba, hat die erste Lieferung von Iveco Eurotech 440E-42 Lkw nach Saudiarabien durchgeführt.** Der Auftrag lautet auf 100 Einheiten und kann auf 400 erweitert werden. Damit bestätigte Iveco seinen Vorsatz, in Argentinien zu bleiben und das Werk nicht nach Brasilien zu verlegen.

\*\*\*

**Im September wurde um 43,5% mehr Wein ausgeführt als im gleichen Vorjahresmonat, wie das staatliche Winzeramt (INV) bekanntgab.** Davon wurden 33,92% abgefüllt und 66,08% offen geliefert. 70,95% der Exporte waren Tafelweine, 27,43% Spitzenweine und 0,67% Schaumweine.

\*\*\*

**Nach Angaben des Amtes für landwirtschaftliche Industriemärkte stehen 4,8 Mio. t Sojabohnen zur Verfügung, die noch nicht exportiert wurden.** Das seien rd. US\$ 1,5 Mrd. für die Landwirte. Es seien auch 19% der Jahresrente, was über dem Durchschnitt für diese Jahreszeit liege.

\*\*\*

**Dem Statistikamt INDEC zufolge befinden sich derzeit 7,2 Mio. Mobiltelefone und 7,81 Mio. Festtelefone in Betrieb.** Von Januar bis September hat der gleichen Statistik zufolge die Zahl der Mobiltelefone im Vorjahresvergleich um 4,8% zu- und die der Festanschlüsse um 6,7% abgenommen. In den letzten 2 Monaten hat die Zahl der Mobiltelefone um 160/170.000 im Monat zugenommen und die der Festtelefone um 20.000. Bei Anhalten dieser Entwicklung werde die Zahl der Mobiltelefone die der Festanschlüsse in 4 Monaten übertroffen haben.

\*\*\*

**Im Ausland tätige Argentinier werden an ihre hier lebenden Familien in diesem Jahr rd. US\$ 300 Mio. überweisen, etwa US\$ 800.000 pro Tag, um 63% mehr als im Vorjahr.** Die meisten arbeiten in den USA, Spanien und Italien. Einem Bericht des BID und des Pew Hispanic Center zufolge, werden diese Überweisungen weiter zunehmen, da die Auswanderung erst kürzlich eingesetzt hat und in den ersten Jahren weniger Geld für Überweisungen übrig bleibt. Deshalb

sei der Betrag im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten, die 03 etwa US\$ 40 Mrd. ausmachten, gering. Die meisten argentinischen Auswanderer haben Mittelschulbildung, 20% von ihnen Hochschulbildung.

\*\*\*

**Nach Angaben der Überwachungsbehörde für Versicherungsgesellschaften sind die Auslandsanlagen der Gesellschaften von US\$ 2,35 Mrd. im Vorjahr auf US\$ 1,82 Mrd. zurück gegangen.** E. Paradella von Fitch Ratings Argentina erklärte, dass statt vorrangiger Sicherheitsvorkehrungen, angesichts der stabileren Lage, mehr Wert auf Rentabilität gelegt werde. In den letzten 6 Jahren sollen die Gesellschaften folgende Beträge im Ausland angelegt haben: 1998 US\$ 78,63 Mio., 1999 US\$ 97,85 Mio., 2000 US\$ 114,70 Mio., 2001 US\$ 199,52 Mio., 2002 US\$ 2,35 Mrd. und 2003 US\$ 1,82 Mrd.

\*\*\*

**Der IWF hat die argentinische Wirtschaftsführung aufgefordert, konkrete Fortschritte bei der Umschuldung seiner defaultierten Verpflichtungen zu zeigen.** Er forderte, dass die Wirtschaftsführung den angepeilten Abschlussstermin Mitte Juni 04 für die Verhandlungen einhalte. Die Haltung des IWF würde mit der des US-Schatzamtes übereinstimmen. Vize-Schatzsekretär Quarles betonte bei einem Bankiertreffen in Miami den Wunsch Washingtons, dass Argentinien die Normalisierung seiner Lage mit

seinen Gläubigern beschleunigen.

\*\*\*

**Der Verkauf von Immobilien im Raum Gross Buenos Aires hat im Oktober im Vormonatvergleich um 16% und im Vorjahresvergleich um 33% zugenommen.** Die Angaben stammen von der Immobilien-Beraterfirma CD1 aufgrund von Erhebungen der Immobilien-Übertragungssteuer. Im Oktober wurden in Gross Buenos Aires Immobilien für rd. \$ 1 Mrd. verkauft. CD1 ermittelt den Immobilienbedarf aufgrund der 1,5%igen Abgabe, zu der der Verkäufer einer Eigenwohnung verpflichtet ist, wenn er nicht binnen eines Jahres nach dem Verkauf eine andere Wohnung erwirbt. Auch der Wert der Immobilien wird ermittelt. Der Preisrückgang in Dollar ist geringer und ist jetzt um 31% niedriger als nach der Aufgabe der Konvertibilität. Auch die Käufergruppe hat sich verschoben. Heute gehört sie mehrheitlich den oberen Einkommenschichten an. Deshalb werden in den Stadtbezirken Caballito, Belgrano, Recoleta, Norte, Devoto und Urquiza, in Gross Buenos Aires in Vicente López und San Isidro, die meisten Umsätze getätigt.

\*\*\*

**Der Picasa-See, ungefähr wo die Provinzen Córdoba, Buenos Aires und La Pampa zusammen stossen, hatte früher eine Wasserfläche von 7.000 ha.** Seit einigen Jahren hat diese Fläche, vorwiegend durch Arbeiten der Provinz Córdoba am Rio Quinto, auf 50.000 ha zugenommen. Das vom Planungsministerium abhängige Unterstaatssekretariat für Wasserwirtschaft hat mit der Firma Dycasa einen Vertrag von \$ 23,8 Mio. abgeschlossen, nach dem im 24 Monaten Kanäle und Deiche geschaffen werden sollen, die ein Abfließen der Überschüsse in den Saladofluss gestatten. Der Vertrag ist ein Teil von 3 Ausschreibungen, durch die andere Unternehmen die Wiedergewinnung von 15 km der Nationalstrasse Nr. 7 bearbeiten sollen, die derzeit von Picasasee überschwemmt sind.

\*\*\*

**C. Fernández, Unterstaatssekretär für die Beziehungen mit den Provinzen, erklärte, damit bei Änderungen der Beteiligungen der Provinzen an Nationalsteuern Ergebnisse sichtbar würden, müssten etwa 10 Jahre vergehen.** 04 müssten die Provinzen dem Staat über \$ 4,7 Mrd. rückerstatten, die sich aus dem Kauf der quasimonetären Provinzbonds ergeben, durch den sie aus dem Verkehr gezogen wurden (Programa de Ordenamiento Financiero (POF)). Wie der Nationalstaat, würden in diesem Jahr auch die Provinzen die IWF-Auflagen übererfüllen. Insgesamt soll ein Überschuss von \$ 2,48 Mrd. ohne Zinszahlungen und von \$ 400 Mio. nach der Schuldenbedienung erwirtschaftet werden. 2004 würden die Provinzen aus dem POF \$ 2,65 Mrd. Kapitalamortisation und \$ 2,09 Mrd. Zinsen zu zahlen haben, die vorwiegend von Beteiligungen an Nationalsteuern abgezogen werden. Die Überweisun-

gen an die Provinzen würden 04 rd. \$ 22 Mrd. betragen.

\*\*\*

**Die 140.716 t Bohnen, die in den ersten 9 Monaten 03 exportiert wurden, sind um 20% weniger als vor einem Jahr.** Argentinien hat bei Hülsenfrüchten Absatzschwierigkeiten in Mexiko, Kuba und Algerien. Auch wird gehofft, dass Venezuela, einer der wichtigsten Kunden, die Lieferungen wieder möglich macht.

\*\*\*

**Die Ausschreibung der Suquia Bank ist gescheitert.** Die Angebote wurden von Vertretern der Banco Nación, die sie verwaltet, der ZB und des Wirtschaftsministeriums als unbefriedigend zurückgewiesen. Damit wurde auch das Angebot der Banex Bank, das die ZB als technisch korrekt und der Markt als mehr als vernünftig bezeichnet hatten, ad acta gelegt.

\*\*\*

**Die 4 grossen Verbraucher-Schutzorganisationen italienischer Bondsinhaber wollen die ZB Italiens und die Wertschriftenkommission strafrechtlich verfolgen.** Sie würden sie der Hehlerei anklagen, weil sie Organisationen begünstigt hätten, die ihren Kunden betrügerisch argentinische Bonds verkauft hätten, ohne sie vor dem damit verbundenen Risiko zu warnen. Die Verbände Adoc, Adusbef, Codacons und Federconsumatori, vertreten zusammen 450.000 italienische Bürger, die Bonds für rd. E 14,5 Mrd. besitzen. Das seien knapp 20% des gesamten umzuschuldenden Betrages.

\*\*\*

**In den ersten 10 Monaten 03 wurden 245.500 t Rindfleisch für US\$ 508,4 Mio. ausgeführt.** Es waren 25.299 t Hiltonschnitte für US\$ 157,8 Mio., 121.753 t Frischfleisch für US\$ 215,3 Mio., 38.416 t verarbeitetes Fleisch für US\$ 90,9 Mio. sowie Innereien und Gedärme, mengenmässig um 17% und wertmässig um 30% mehr als vor einem Jahr.

\*\*\*

**Die Industrieproduktion legte im Oktober im Vormonatvergleich um 3,6% und im Vorjahresvergleich um 11,9% zu.** Wie die Unternehmeruniversität weiter ermittelt hat, betrug die Zunahme in den ersten 9 Monaten im Vorjahresvergleich 9,9%.

\*\*\*

**Bei der Lebacwechsellauflage vom Dienstag wurden der ZB \$ 182 Mio. für Indexierte und \$ 87 Mio. für Pesowechsel geboten.** Die ZB nahm je \$ 50 Mio. auf, womit der Stand der in Umlauf befindlichen Lebacwechsel \$ 9,6 Mrd. erreichte. Die Zinssätze der Lebac auf ein Jahr gingen von 9,95% auf 9,85% zurück, auf 18 Monate gab es keine Angebote. Die Sätze für CER-Indexierte Lebacwechsel auf 1 Jahr gingen von 5,45% auf 4,85% zurück, auf anderthalb Jahre von 7,20% auf 6,59%. Die durchschnittliche Laufzeit der Lebac ging von 245 auf 241 Tage zurück, ihre Durchschnittskosten von 13,7% auf 13,6%.

\*\*\*

**Die Banco de Galicia gab der Börse und der ZB bekannt, dass sie mit dem Gläubigerkomitee zu einer grundsätzlichen Einigung über ihre Umschuldung gekommen ist.** Nach Billigung der Behörden werde die Bank den Gläubigern den Umschuldungsvorschlag von US\$ 1,5 Mrd. formell unterbreiten. Die Bewilligung der URSF (Unidad de Reestructuración del Sistema Financiero) an die Bank, die ZB-Rediskonto von rd. \$ 4,5 Mrd., die sie schuldet, mit Zinsen von garantierten Darlehen und anderen Staatspapieren langfristig, auf bis zu 120 Monate, bezahlen zu können, wurde gewährt. 55% der Schulden sind an Banken, 31% in Obligationen und 14% an internationale Körperschaften. Die GGAL (Grupo Financiero Galicia), die 93,59% der Bank kontrolliert, wird Kapitalbeteiligungen als Teil der Umschuldung bieten. Es sollen bis 149 Mio. neue Aktien ausgegeben werden (12% des Kapitals der neuen Gruppe), die von Aktionären oder Gläubigern, im Rahmen der Umschuldung, gezeichnet werden können.

\*\*\*

**Von den in den ersten 9 Monaten 03 getätigten oder angekündigten Investitionen von US\$ 4,19 Mrd. wurden US\$ 864 Mio. für neue Pro-**

**duktionsstätten bestimmt.** Wie das vom Industriesekretariat abhängige CEP (Centro de Estudios para la Producción) weiter mitteilte, ist der Investitionsbetrag um 70% grösser als im gleichen Vorjahreszeitraum und um 88% geringer als die Werte der Vergleichszeiträume 1997/98. 03 erreichten die Kapitalbildungen US\$ 2,7 Mrd. Davon wurden 68% für Kapazitätserweiterungen bestehender Betriebe, der Rest für neue bestimmt. Investitionen für die Produktion haben jene für Dienstleistungen, die in den 90er Jahren führten, vom ersten Platz verdrängt.

\*\*\*

**Vor rd. 500 Mitgliedern der ACDE (Asociación Cristiana de Dirigentes de Empresa) erklärte Wirtschaftsminister Lavagna, dass die Wirtschaft um 7,3% wachse.** In den letzten Monaten seien grosse Investitionsvorhaben angekündigt worden, und die Zahl der Arbeitsplätze wachse. Zwischen Oktober 02 und Mai 03 wurden 800.000 Stellen geschaffen und die Unterstützungen für Beschäftigungslose gingen um rd. 80.000 zurück. Er gab zu, dass die Ausfuhrsteuern und die Schecksteuer verzerrend seien. Sie würden jedoch beibehalten werden, bis die Regierung über andere Einnahmen verfügt. Die erhöhte Zi-

NUEVA LINEA  
2000  
ACERO

MAXIMA SEGURIDAD

# KOH-I-NOOR

SECARROPAS  
2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE  
EXCLUSIVO SISTEMA DE SEGURIDAD T.B.S.®



AGERO POR FUERA  
ACERO POR DENTRO  
ACERO POR FUERA

CAPACIDADES: 4,2Kg, 5,2Kg y 6,2Kg.  
COMO EN SU TRADICIONAL LINEA BLANCA

**¡ PODEROSO EL CHIQUITIN !**

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1620) Florida  
Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

## BID-Kredit für Argentinien

Wirtschaftsminister Lavagna gab in Miami bekannt, dass die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) Argentinien in den nächsten vier Jahren Darlehen in der Grössenordnung von US\$ 5 Mrd. gewähren wird. Im gleichen Zeitraum seien von der Weltbank weitere US\$ 4,5 Mrd. zu erwarten, was den Gesamtkredit auf US\$ 9,5 Mrd. erhöht.

Die argentinische Wirtschaftsführung erwäge auch Massnahmen, um Investitionen anzuspornen. Erwogen werden eine MwSt-Verringerung oder Stundung und eine beschleunigte Abschreibung.

Bis jetzt war die bevorzugte Zielgruppe der Investitionen die kleinen und mittelständischen Unternehmen (Pymes). Jetzt erschienen jedoch auch Investitionen von US\$ 50 Mio. bis US\$ 1 Mrd. In Miami habe Lavagna einen US- und zwei lateinamerikanische Unternehmer empfangen, die in Eisenbahnen und Fernverbindungssoftware investieren wollen.

Von den US\$ 9,5 Mrd., die Argentinien in den nächsten vier Jahren von der BID erhalten wird, seien 75% für Investitionen in öffentliche Bauten, Erziehung und das Gesundheitswesen, und nur 25% als Mittel für die Verwaltung vorgesehen.

garettsteuer würde zusätzliche Einnahmen von \$ 1 Mrd. im Jahr bedeuten.

\*\*\*

**Die Regierung gab die ersten 4 Ausschreibungen zur Verbesserung von Überlandstrassen bekannt, die zwischen Dezember 03 und Februar 04 für \$ 72,2 Mio. durchgeführt werden.** Der Plan sehe 27 Ausschreibungen für \$ 250 Mio. vor. Insgesamt würden die öffentlichen Bauten in 4 Jahren ab Mai 03 \$ 3,8 Mrd. ausgegeben werden. Privatfirmen machen bereits auf Verzögerungen bei der Umsetzung der Pläne aufmerksam.

\*\*\*

**Die Provinz Buenos Aires wird den Empfängern der Beihilfen für arbeitslose Familienoberhäupter kein zusätzliches Weihnachtsgeld von \$ 50 bezahlen.** Der Staat zahlt jedem seiner 2,1 Mio. von dem Plan begünstigten den genannten Betrag.

\*\*\*

**Die französische AXA Versicherungsgesellschaft verlässt Argentinien.** Sie hat ihre Niederlassung einigen ihrer Manager und argentinischen Investoren verkauft, wird jedoch die Abwicklung bestehender Policen weiter kontrollieren.

\*\*\*

**Eine bei 1.500 kleinen und mittelständischen Industriebetrieben (Pymis) durchgeführte Umfrage ergab, dass ihre Umsätze im 1. Halbjahr 03 um Vorjahresvergleich um 24,8% zugenommen haben.** Der offizielle Index der Industrieerzeugung (EMI) ergab im selben Vergleich 17%.

\*\*\*

**Die Stromlieferungen an die direkt an den Stromgrosshandel angeschlossenen Grossabnehmer waren im Oktober um 12% grösser als vor einem Jahr.** Im Landesinneren nahmen die Stromlieferungen im selben Vergleich um 14,63% zu, im Raum Gross Buenos Aires um 4,68%, wie die Stiftung für die Entwicklung der Stromwirtschaft ermittelt hat. Im Vormonatsvergleich nahmen die Stromlieferungen an die Industrie im Oktober um 4,54% zu, davon in Buenos Aires Stadt um 4,9% und im rest-

lichen Gross Buenos Aires um 4,4%. Damit haben die Stromlieferungen an die Industrie doppelt so viel zugenommen wie der allgemeine Verbrauch, der im Oktober um 2,28% stieg.

\*\*\*

**Kabinettschef Fernández zufolge sei die Durchführung der geschuldeten Investitionen eine Voraussetzung für die Fortsetzung des Konzessionsvertrages mit dem Wasserver- und -entsorger Aguas Argentinas.** Die Regierung sei jedoch keinesfalls darauf aus, Verträge zu stornieren. Auf die Anfrage, ob von dem Vertrag so wie von dem mit der Post zurückgetreten werden könne, erklärte Fernández, das hänge vom Verhalten des Unternehmens ab, das die geschuldeten Investitionen durchführen könne. Auf Anfrage erklärte Aguas Argentinas, noch nicht vorgeladen worden zu sein, so dass der Firma mögliche Vorschläge noch nicht bekannt sein könnten.

\*\*\*

**Die letzten Bilanzen der Versicherungsgesellschaften zum 30.6.03 ergeben, dass 60% ihrer Anlagen in Staatspapieren bestehen.** Insgesamt haben sie \$ 12,9 Mrd. investiert, von denen \$ 7,73 Mrd. Buchwert in Staatspapieren angelegt sind, \$ 2,86 Mrd. in Fristeinlagen und \$ 763 Mio. in Aktien. Ausserdem sind \$ 1,82 Mrd., etwa US\$ 626 Mio., im Ausland verfügbar oder angelegt.

\*\*\*

**In der letzten Sitzung des Jahres hat der Kongress der Provinz Santa Cruz die Abrechnung über Finanzaktiven der Provinz im Ausland, von US\$ 532 Mio. gutgeheissen.** Der Gouverneur wurde ermächtigt, die in der Schweiz und Luxemburg hinterlegten Beträge wieder ins Land zu bringen. Es wurden 1993 vom damaligen Provinzgouverneur und jetzigem Staatspräsidenten Kirchner ins Ausland gebracht. Die Frage wurde zum ersten Mal amtlich behandelt.

\*\*\*

**Die ZB hat mittels Beschluss Nr. 445 vom 20.22.03 die notwendigen Massnahmen für die sofortige Ausgabe der Boden 2013 Bonds ange-**

## Verabschiedung des Gesetzes über Stromleitung Neuquén/Mendoza

Der Kongress hat einem langjährigen Wunsch der E-Werke im Erdgasgebiet von Neuquén statt gegeben, und die Legung der sogenannten 5. Hochspannungsleitung für 500 kV angeordnet, die Patagonien mit Mendoza und San Luis verbinden wird.

Das US\$ 157 Mio. Objekt ist eines der vier grossen Vorhaben, die die Grundlage des sogenannten Stromtransport-Bundesplanes bildeten, der im Jahr 2000 von Deborah Giorgi ausgearbeitet wurde, als sie Staatssekretärin für Energie war. Das neue Gesetz bestimmt die Inangsetzung der damaligen Bestimmungen. Es sieht nicht nur die Legung der eigentlichen Hochspannungsleitung vor, sondern auch, als Fortsetzung, die erste Etappe der so genannten Bergbauleitung, die solche Vorhaben in Mendoza, San Juan bis Recreo in der Provinz Catamarca über zusätzliche Leitungen mit Strom versorgen soll.

Dem Gesetz zufolge soll die Leitung mit Mitteln des Salex-Fonds bezahlt werden. Der Fonds ergibt sich aus Überschüssen, die durch die ungenügende Transportfähigkeit bestehender Hochspannungsleitungen (Comahue-Buenos Aires und Centro Cuyo) entstehen. Derzeit enthält der Fonds US\$ 100,7 Mio., womit 70% des Vorhabens, einschliesslich der Erweiterung bis in die Provinz San Juan, bezahlt werden können. Die 5. Hochspannungsleitung wird nicht nur die Versorgung Mendozas gestalten, sondern auch das gesamte Verbundnetz verlässlicher machen.

## Aufschwung beim Baugewerbe

Die Bautätigkeit war im Oktober um 44,9% grösser als im gleichen Vorjahresmonat. Das sei die in diesem Jahr grösste Monatszunahme gegenüber dem Vorjahr, wie das Statistikamt Indec bekanntgab. Im Vormonatsvergleich betrug die Zunahme 5,4%.

Wie dem Indec-Bericht weiter entnommen werden kann, hat das Baugewerbe am Ende des dritten Quartals 156.315 Mitarbeiter beschäftigt, und damit im Vorjahresvergleich über 36.000 Arbeitsplätze wieder gewonnen. Seit Dezember 2002 nehme die Bautätigkeit ständig zu. Die Zunahme betrage in diesem Jahr bereits 38,3%. Sie sei die grösste im gesamten Wirtschaftsbereich.

Die Erholung der Bautätigkeit sei auf kleine Vorhaben des Privatbereiches zurückzuführen. Dazu kämen jetzt jedoch auch grössere Bauvorhaben von Privatunternehmen, die auf eine grössere Nachfrage zurückzuführen sind. Das lasse sich auch aus anderen Indikatoren ableiten, wie der 4,4%igen Zunahme der Baubewilligungen gegenüber dem Vormonat. Beim Baumaterial wurden im Oktober die grössten Bedarfszunahmen bei Farben und Lacken, 16,5% und bei Asphalt, 10,8%, gemeldet.

**ordnet.** Diese Dollarbonds seien vom Wirtschaftsministerium unmittelbar auf die Konten der Finanzanstalten zu übertragen, die sie den Anlegern auszuhandigen hätten, die vor einem Jahr den Eintauschplan II angenommen haben. Auch die Mittel zur Zahlung der fälligen Zinsen von April bis Oktober, stünden bereit. Die Zinszahlungen und Übertragungen der Bonds könnten ab Montag beginnen.

\*\*\*

**Der Leiter der Überwachungsbehörde für die privaten AFJP Rentenkassen, Carlos Weitz, ist überraschend zurückgetreten.** Arbeitsminister Tomada nahm den Rücktritt an und teilte mit, dass Weitz weiter in Arbeits- und Wirtschaftsfragen mit der Regierung zusammenarbeiten werde.

\*\*\*

**Der letzten Monatsbericht des Verbraucher- und Konkurrenzschutzes über Mobiltelefonie, zeigt CTI und Personal als die preisgünstigsten Anbieter.** Von den 23 nach Pesos pro Minute geprüften Firmen-

angeboten haben die genannten Unternehmen die ersten 5 Plätze belegt. Bei allen Angeboten gebe es eine grosse Anzahl gebührenfreier Gesprächsminuten.

\*\*\*

**Das Statistikamt Indec gab bekannt, dass die Umsätze der Supermärkte im Oktober im Vormonatsvergleich um 1,5% und im Vorjahresvergleich um 6,3% zugenommen haben.** Bei den Shoppings betragen die Zunahmen 4,3% bzw. 20,2%.

\*\*\*

**Mit US\$ 6 Mio. Investition errichtet der US-Pharmakonzern Cardinal Health auf seinem Werks Gelände in Loma Hermosa eine Fa-**

**KAUFEN VERSCH.  
COMPRAS VARIAS**

IVES compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios. 4791-4287.

## Budget 2004 verabschiedet

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag verabschiedete der Senat das Gesetzesprojekt über den Staatshaushalt für das Jahr 2004. Die Gesamteinnahmen, ohne Zinsen, werden auf \$ 62 Mrd. und die laufenden Ausgaben auf \$ 53 Mrd. veranschlagt, so dass sich ein Überschuss von \$ 8,96 Mrd. ergibt, der für die Zahlung von Zinsen der Staatschuld aufgewendet wird, die nicht in das Defaultpaket eingeschlossen ist.

Die Aufgliederung der Ausgaben ist wie folgt:

**Bereich** **Jahr 2003** **Jahr 2004**  
**Veränderung**

(in%)	(in Mio. Pesos)		
Parlament	453,1	427,7	-5,6
Justiz	677,9	746,1	10,1
Oeffentliches Ministerium	155,4	182,5	17,4
Präsidentamt	584,4	601,9	3,0
Kabinettschef	132,9	182,4	37,2
Innenministerium	455,4	221,6	-51,3
Aussenministerium	587,6	630,6	7,3
Justizministerium	3.352,2	3.564,5	6,3
Verteidigungsministerium	4.368,3	4.489,4	2,8
Wirtschaftsministerium	814,4	928,4	14,0
Planungsministerium	2.376,8	3.380,5	42,2
Erziehungsministerium	3.087,7	3.697,7	19,8
Arbeitsministerium u.so.z.Sicherheit)	23.601,8	25.395,5	7,6
Gesundheitsministerium	1.246,2	1.455,7	16,8
Ministerium für soziale Entwicklung	1.585,5	2.567,8	62,0
Verpflichtungen des Schatzamtes	3.852,1	4.578,3	18,8
Bedienung der öffentlichen Schuld	6.755,4	8.962,6	32,7
Insgesamt	54.087,1	62.012,2	14,7

Artikel 13 des Gesetzes ermächtigt den Kabinettschef, die einzelnen Ausgabenposten umzuverteilen. Ebenfalls wird er zusätzliche Einnahmen verteilen, die im Parlament bis auf \$ 5 Mrd. geschätzt werden, die sich aus höheren Steuereinnahmen ergeben, im Zusammenhang mit einem grösseren Wachstum, als es der Budgetberechnung zu Grunde liegt. Denn die BIP-Zunahme wurde auf 4% veranschlagt, wobei jedoch in letzter Zeit angenommen wird, dass sie wesentlich höher ausfallen würde, und die Preiszunahme wird auf 10% geschätzt (Jahresdurchschnitt der Konsumentenpreise gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt), was ebenfalls eine sehr vorsichtige Schätzung darstellt. Was die Preisentwicklung betrifft, so muss bei der Budgetberechnung jeweils eine niedrige Zunahme genommen werden, da dies sonst eine direkte Wirkung auf die Inflationserwartungen hat, die sich auf die effektive Preisbildung auswirken.

Die sogenannten „sozialen Ausgaben“ stiegen um 11,9%, was \$ 4,29 Mrd. mehr ausmacht. Davon entfällt etwa die Hälfte auf soziale Sicherheit (vornehmlich Pensionen und Renten), die um 9% zunehmen. Dies ist durch die jüngste Erhöhung der Mindestpensionen bedingt. Die Ausgaben für direkten sozialen Beistand werden um 35% erhöht, was \$ 936 zusätzlich ausmacht. Das Budget des Ministeriums für soziale Entwicklung, das die Schwester des Präsidenten, Alicia Kirchner, leitet, weist die höchste Ausgabenzunahme auf, gefolgt vom Planungsministerium (Julio De Vido), was sich auf höhere Ausgaben für öffentliche Bauten bezieht.

Viele zusätzliche Ausgaben, die die Regierung in letzter Zeit beschlossen hat, wurden im Haushaltsgesetz nicht berücksichtigt, so die Defizite, die bei der Inbetriebnahme der Passagierdienste der Eisenbahn von Buenos Aires nach Posadas (Misiones) u.a. Orten entstehen. Ebenfalls sind Gehaltserhöhungen zu erwarten, die auch nicht vorgesehen sind.

Beim Arbeitsministerium ist das Sozialprogramm für Familienoberhäupter (\$ 150 monatlich pro Familie) eingeschlossen. Hier sollte jedoch eine Abnahme stattfinden, da diejenigen, die eine formelle Anstellung erhalten, ausgeschlossen werden. Was das Pensionierungssystem betrifft, sollte auch eine Entlastung eintreten, da immer mehr Personen vom privaten System ihre Pension oder Rente erhalten.

**brik für Arzneiverpackungen.** Schon jetzt werden dort weiche Gelatinekapseln für die Freigabe von Me-

dikamenten hergestellt. Die in Argentinien seit 50 Jahren tätige Cardinal Health hat weltweit US\$ 50 Mrd.

## Ein Vorschlag der Inhaber von Defaultbonds

Einem Artikel von El Cronista zufolge hat sich eine Mehrheitsgruppe von Inhabern argentinischer, in Default befindlicher Bonds, unter dem Namen Argentine Credit Advisory Group zusammengeschlossen und einen Gegenvorschlag ausgearbeitet.

Es sollen das Argentine Bondholders Committee (ABC), Fidelity, Teachers, GMO, Gramercy a.A. sein, die auch mit Vertretern japanischer und italienischer Bondsinhaber über einen Zusammenschluss verhandeln. Gespräche mit europäischen Bondsinhabern, die unter der Leitung des ehemaligen mexikanischen Finanzministers Gurria und dem US-Wirtschaftsexperten Lerrick zur ABRA zusammengeschlossen sind, seien ebenfalls in Gang.

Der endgültige Gegenvorschlag soll Staatssekretär Nielsen am 3. Dezember in New York, anlässlich des Jahrestreffens der EMTA (Emerging Markets Trading Association), die von Investmentfonds und Investmentbanken gebildet wird, unterbreitet werden.

Er würde folgendes fordern:

- Drei Bondsarten mit Abschlägen, mit Fälligkeiten 2014, 2018 und 2034. Dabei sollten Inhaber von Bonds mit Fälligkeiten bis 2009 die kurzfristigeren (2014) erhalten, mit Fälligkeiten bis 2013 jene mit Fälligkeit 2018 und die anderen die Bonds mit Fälligkeit 2034. Der kurzfristige Bond wäre voll zur Fälligkeit zu bezahlen.

- Einer der gebotenen Bonds würde an das BIP gebunden sein und eine höhere Prämie bezahlen, wenn dieses bestimmte Werte erreicht.

- Die Coupons würden mit zunehmenden Fälligkeitsterminen, beginnend mit 4-5% in den ersten 4 Jahren, zunehmen. Sie würden bis zu 7,15% und 7,5% zunehmen, wobei die Durchschnittscoupons der defaultierten Bonds 11% betragen.

- Für die Kapitalamortisationen wird eine Karenz gewährt, so dass sie erst ab 2014 erfolgen müssen.

- Es sei eine Good-will Anzahlung von 5% in Barem, für seit Beginn des Defaults angefallene Zinsen, vorgesehen, die etwa US\$ 950 Mio. betragen wird. Der gesamte angesammlte Rückstand wird mit US\$ 19 Mrd. angenommen, für dessen Bezahlung Bonds mit Fälligkeit 2018 geboten werden.

- Der Abschlag auf den Nennwert der Bonds wird mit 35%, auf den Nettoerlös mit 50% angegeben.

Jahresumsatz.

\*\*\*

**Um das Kreditgeschäft zu beleben und die Erholung der Wirtschaft aufrecht zu erhalten, hat die ZB die Pflichtreserven für Sichteinlagen ab dem kommenden Montag von 23% auf 20% herab gesetzt.** Besonders kleinen und mittelständischen Unternehmen (Pymes) soll mit der dadurch frei werdenden \$ 1 Mrd. der Zugang zu Krediten erleichtert werden. Damit wird der Satz für die Pflichtreserven zu Jahresende rd. halb so gross wie zu Jahresbeginn und auch geringer sein als 2001, zu Beginn des Runs auf die Einlagen. Für Pymes wurde ferner die Erweiterung der möglichen Kreditgarantien bestimmt. Als Vorzugsgarantien Klasse A werden vorausdatierte Schecks, Wechsel, Sichttratten und Kreditrechnungen angesehen, die von Unternehmen für über \$ 2 Mio. (bisher \$ 5 Mio.) ausgestellt wurden, die von mindestens 2 (bisher 5) Kreditanstalten in die Kategorie 1 eingestuft sind. Mit der Mitteilung A 4050 wurde eine neue Kreditnehmerkategorie (STD) geschaffen, bei der die Amtswerte für die Garantiebewertungen vereinfacht werden. Die Beträge für neue Kredite an Unternehmen, die durch die Krise schlecht benotet sind, wurden erhöht.

So kann ein Unternehmen der Kategorie 3 um 30% Zusatzkredite (bisher 20%) erhalten, als ob es der Kategorie 1 angehören würde. Auch wurde die Frist für die Einstufung von Hypotheken als Vorzugsgarantie auf 18 Monate verlängert. Bei Umstrukturierungen wird die Obergrenze des Anteiles, den die Banken an Firmenvermögen haben können, von 12,5% auf 20% durch 12 Monate erhöht.

\*\*\*

**Die Banco de la Nación hat mit der Gesellschaft für gegenseitige Garantiestellungen Garantizar ein neues Abkommen unterzeichnet.** Es werden \$ 20 Mio. zur Verfügung gestellt, um kleinen und mittelständischen Unternehmen, die beim Finanzsystem in Zahlungsverzug geraten sind, Kreditmöglichkeiten zu geben.

\*\*\*

**Die Eintragungen bei der Börse, um dort vorausdatierte Schecks zu handeln, haben begonnen.** Cooperativa Tabacalera de Jujuy, Patagonia Wines and Foods und Imac Electrónica waren die ersten, die mit der Börse und Garantizar SGR unterzeichnet haben. Limpialux hat als erste Firma mit Garantiestellung ihr Gesuch bei der Wertschriftenkommission eingereicht.

\*\*\*

## Steuernachzahlungs-Forderungen für \$ 1,16 Mrd.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen hat von einigen Grossunternehmen Steuernachzahlungen wegen Anpassungen ihrer Steuererklärungen im Zeitraum Januar-Oktober 2003, in der Grössenordnung von insgesamt \$ 1,16 Mrd., gefordert.

Die Liste wird von privatisierten Dienstleistungsversorgern angeführt, von denen insgesamt \$ 329 Mio. Nachzahlung gefordert werden. Das Steueramt beschuldigt sie, Rückstellungen für uneinbringliche Forderungen gemacht, Gewinnsteuereinbehalten für im Ausland ansässige nicht durchgeführt, und die Arbeitgeber-Sozialbeiträge, ohne die Tarife zu senken, verringert zu haben.

Unter den beschuldigten Unternehmen befinden sich auch Supermärkte (\$ 173 Mio.), Erdölunternehmen (\$ 112 Mio.), Banken (\$ 102 Mio.), Kfz-Unternehmen (\$ 88,1 Mio.) und Transportunternehmen (\$ 71,5 Mio.)

Auf der Liste ist auch der Staat als Arbeitgeber zu finden. Der Steuereintreiber fordert von ihm \$ 56,2 Mio. wegen „unterschiedlicher Buchungen“ der Steuergrenzen für die Berechnung seiner Sozialversicherungsbeiträge.

Vom Baugewerbe werden \$ 30,2 Mio. gefordert. Hier werden verbuchte Ausgaben beanstandet, ferner gefälschte Rechnungen, sowie als Dienstleister angegebene Schwarzarbeiter. Die von den Kfz-Unternehmen geforderten \$ 88,1 Mio. sind voll auf ihre Transferpreise zurückzuführen. Die Steuerbehörde bezweifelt dass die bei der Übertragung von Kfz des Stammhauses an ihre Filialen angegebenen Preise den üblichen Marktpreisen entsprechen.

**Das Verteidigungsministerium hat dementiert, dass die Rückverstaatlichung der Flugzeugfabrik in Córdoba erwogen wird.** 2 Verträge mit Lockheed Aurcraft, USA, würden neu ausgehandelt werden, um die Tätigkeit der Fabrik zu sichern. Die neuen Verträge sollen vor Jahresende unterzeichnet werden. Die 1995 auf 25 Jahre erteilte Konzession würde weiter bestehen. Die Verträge bezögen sich auf die Instandhaltung von Flugmaschinen der Luftwaffe und den Bau der neuen Fassung des 1A63Pampa-Flugzeuges, von dem 2001 12 in Auftrag gegeben wurden. Der Vertrag wurde auf 6 verringert. Lockheed werde die anderen 6 Ausbildungsmaschinen auf eigene Rechnung herstellen und verkaufen.

\*\*\*

**In den letzten 9 Jahren haben nur 20% der Renten-Beitragspflichtigen ihre Kasse gewählt.** Die anderen äusserten sich nicht, ob sie dem staatlichen oder privaten System beitreten wollten, und wurden auf die privaten AFJP Rentenkassen verteilt. Die Rentenreform sieht vor, dass die Eintragung beim privaten Kapitalisierungssystem nur mehr auf ausdrücklichen Wunsch des Beitragspflichtigen erfolgen wird. Bisher haben diesen Wunsch nur 2% der Zahlungspflichtigen geäussert.

\*\*\*

**Die Supermärkte mit 3 oder mehr Lokalen in Gross Buenos Aires und Gross Mendoza werden beim Konkurrenzschutz-Sekretariat zwischen dem 1. und 15. jedes Monats ihre Preise für bestimmte Produkte einreichen müssen.** Das Wirtschaftsministerium hat den Zweck der Verfügung nicht bekannt gegeben. An einer Stelle steht nur, dass

die information wichtig und notwendig sei, um Grundlagen für die Konsumpolitik zu erarbeiten, die das Ministerium festzulegen und zu fördern sucht. Der Markt soll transparent werden und dem Verbraucher vielseitige Angebote bieten.

\*\*\*

**Experten schätzen die kommende Maisernte auf 12 Mio. t oder weniger.** Wie beim Weizen, würde es eine der schlechtesten Ernten der letzten Jahre sein, wegen der 4 Monate anhaltenden Dürre in den Anbaugebieten. Jedoch sei auch die Saatfläche von 2,85 Mio. ha geringer als die 3,05 Mio. ha des Vorjahres, vorwiegend wegen des Vordringens der Sojabohnen. Das US-Landwirtschaftsministerium rechnet hier allerdings mit 14 Mio. t.

\*\*\*

**Mit einer Investition von \$ 15 Mio. will die Regierung 27 Eisenbahnstationen in Gross Buenos Aires und La Plata erneuern.** Präsident Kirchner wünsche für das Land in den nächsten 4 Jahren einen bescheidenen, aber würdigen und effizienten Eisenbahndienst. Das Vorort-Eisenbahnnetz hat 259 Stationen. Die erste Bauetappe für \$ 6 Mio. soll im Februar beginnen.

\*\*\*

**Das Abgeordnetenhaus hat das Gesetz verabschiedet, mit dem das von der Regierung De la Rúa aufgelöste Saatgutinstitut Inase wieder geschaffen wird.** Es wird finanziell selbstständig sein und landesweit Autorität haben. Seine Tätigkeit besteht in der Förderung und Überwachung der Produktion und Vermarktung von Saatgut, Absicherung der Landwirte bei der Art und Qualität der Aussaaten die sie erwerben und dem Schutz der Saatgutproduktion.

## Beginn der Verhandlungen mit Betreibern öffentlicher Dienste

Mit einem Informationsgespräch hat die Regierung den ersten Schritt getan, um die Verhandlungen über die Dienstleistungsverträge und ihre Tarife der privatisierten Versorgungsunternehmen wieder aufzunehmen. Begonnen wurde mit den elf Erdgasversorgern, zwei Transport- und neuen Vertriebsunternehmen, die aus der Privatisierung der ehemaligen Gas del Estado entstanden sind.

Das Gespräch wurde für den Staat von Jorge Simeonoff, dem amtsführenden Sekretär der Uniren (Unidad de Renegociación) und dem Energiesekretär Cameron geführt. Sie gaben den Unternehmensvertretern den Terminkalender und die allgemeinen Richtlinien für die kommenden Gespräche bekannt.

Nach den Unterlagen, die die Unternehmen erhielten, soll die Neuaushandlung im November 2004 abgeschlossen werden, damit Präsident Kirchner am 28. Dezember die neuen Verträge und ihre Durchführungsbestimmungen unterzeichnen kann.

Simeonoff erklärte, dass der Terminkalender zwei gleichzeitige Etappen enthalte. Die erste gehe bis Mai 2004 und werde Einzelabkommen mit den verschiedenen Unternehmen anstreben. Es sollen Betriebs- und Instandhaltungskosten und die dringendsten Investitionen und ihre Finanzierung geprüft werden, damit die Transport- und Vertriebsunternehmen den im Winter zu erwartenden grösseren Verbrauch bewältigen können.

Die grundsätzlichen Fragen sollen parallel bearbeitet werden. Für sie sollen für die Branche allgemeingültige Rahmenbedingungen festgelegt werden. Die Verträge mit den einzelnen Unternehmen würden hier den neuen makroökonomischen und juristischen Bedingungen eingegliedert werden, die für den Bereich Gültigkeit haben werden.

Die Verhandlungen versprechen hart zu werden. Simeonoff und Cameron vermieden es, die Kernthemen für die Unternehmen zu berühren: Die Tarife für die Dienstleistungen und die Prozesse, die mehrere der ausländischen Aktionäre der Dienstleistungsversorger beim Icsid, dem Schiedsgericht der Weltbank für Streitfragen über Auslandsinvestitionen, angestrengt haben. Dennoch wurde bekannt, dass die Regierung als Vorbedingung für die Verhandlungen fordern will, dass die Klagen zurückgenommen werden.

\*\*\*

**Aguas Argentinas hat sich bereit erklärt, die Bautätigkeit für die Erweiterung ihres Netzes der Regierung zu überlassen.** Bei der Verhandlung mit dem Amt für Neuaushandlungen Uniren, nahm sein Vertreter an, dass der Treuhandfonds, der

7,8% der Einnahmen von Aguas Argentinas erhält, durch 2004 bestehen bleibt. Mit seinen Mitteln werden die von der Regierung beschlossenen und durchgeführten Rohrnetzerweiterungen durchgeführt. Aguas Argentinas soll auch verpflichtet werden, gewisse Vorhaben durchzuführen.

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### ALCA „a la carte“

Die Abschlusserklärung der 34 Handelsminister des amerikanischen Kontinents (alle ausser Kuba) in Miami am Donnerstag der Vorwoche, überraschenderweise einen Tag vor dem geplanten Termin, umfasst ein mögliches Regelwerk, das weit entfernt ist von der kontinentalamerikanischen Freihandelszone, im englischen Kürzel FTAA („Free Trade Area of the Americas“) und im spanischen Kürzel ALCA („Area de Libre Comercio de las Americas“), wie sie anfangs im Juni 1990 vom damaligen US-Präsidenten George Bush für 2000 verkündet und ab Ende 1994 von allen Regierungschefs in Miami zur Zeit des US-Präsidenten Bill Clin-

ton für 2005 vereinbart worden war. ALCA soll als Rahmenregelwerk Ende 2004 von allen Regierungen, ausgenommen Kuba und möglicherweise Venezuela, unterzeichnet sein und muss dann von jedem Land ratifiziert werden, so dass kaum damit zu rechnen ist, dass es vor 2006 in Kraft treten kann.

Eine Freihandelszone laut Paragraph 24 der Welthandelsorganisation (WHO), vormalig GATT, befreit den Handel der Partner von Zöllen und anderen Hemmnissen für den substantiellen Teil des Warenaustausches, angennommenerweise 90%, im Verlauf eines Programms mit vereinbarten Zeitzielen. Die Abschlusserklärung von Miami

erlaubt den Partnern, nach Belieben die Importe zu befreien und bilaterale Abkommen untereinander abzuschliessen. Das heisst im Klartext, dass je nach Produkt und Export- sowie Importpartner im ALCA unterschiedliche Zölle und andere Handelshemmnisse bestehen sollen. Theoretisch soll diese ungeheuer komplizierte Übung irgendwann in eine echte Freihandelszone des Kontinents münden. Unterdesse diskriminieren die Partner sich gegenseitig mit verschiedenen Zöllen sowie selbstverständlich gegenüber allen Drittländern als Lieferanten, wie es einer Freihandelszone und einer Zollunion innewohnt.

Das neue ALCA-Konzept ist der Kompromiss, den die beiden Präsidenten der Konferenz in Miami, der USA und Brasiliens, ausgehandelt haben, damit die Verhandlungen nicht wie vorher in Cancún, Mexiko, bei der Ministerkonferenz der WHO mit einem Fiasko enden. Ende gut, alles gut, war offenbar das gemeinsame Ziel der Gespräche in Miami. In der Presse wurde der Kompromiss als ALCA-„light“ und ALCA „a la carte“ gekennzeichnet, was kaum mehr bedeutet als die Vereinbarung, demnächst in Puebla, Mexiko, weiter zu verhandeln.

Die Importliberalisierung soll laut Abschlusserklärung jedem Partner überlassen werden. Dafür sind vier Warenkörbe vorgesehen. Der erste Warenkorb soll gleich zu Beginn zollfrei erklärt werden. Danach folgen zwei Warenkörbe nach fünf und zehn Jahren sowie der letzte Warenkorb mit den sogenannten sensiblen Gütern für später, ohne bislang vereinbartes Zeitziel. Diese Warenkörbe müssen gelegentlich gefüllt werden. Dann beginnt die eigentliche Verhandlung in ALCA.

Für Argentinien würden sicherlich Getreide, Milchwaren, Häute, Fleisch, Chemikalien unter anderen Waren für den ersten Warenkorb qualifizieren und Textilien sowie Kraftfahrzeuge für den letzten. Ein Tauziehen ungläublichen Gerangels darf erwartet werden, wenn das Aussenamt mit den Lobbies jeder Branche die Einbeziehung der Importwaren in jeden Warenkorb aushandelt. Gleiches wird in allen anderen ALCA-Partnern geschehen, auch in USA, wo Fleisch, Erdnuss, Zucker, Zitrusfrüchte, Honig, Lachs, Stahl und Textilien als besonders sensible Produkte gelten, deren Lobbies es stets verstanden haben, ihre Schutzwünsche bei den Behörden durchzusetzen.

Ein Vorgeschmack der Warenkörbe bildeten die Kundgebungen gegen ALCA in Miami, Buenos Aires und anderen Orten, wo überall die Sprecher der Importfurcht als Konkurrenzdruck ihre Gegnerschaft lauthals, auch mit den üblichen Zerstörungen, Plakaten und Aufmärschen, ausdrückten und sich im Fernsehen sehen liessen.

Ausser Warenverkehr soll ALCA auch andere nicht minder sensible Themen umfassen, die zumal den USA am Herzen liegen. Es geht dabei um Investitionsschutz, geistiges Eigentum (Patente), öffentliches Beschaffungswesen und allerlei Dienstleistungen, insbesondere Banken und Versicherungen. Für Argentinien handelt es sich nicht mehr um sensible Probleme, weil in den neunziger Jahren zahlreiche bilaterale Verträge über den Investitionsschutz ausgehandelt wurden, das geistige Eigentum ebenfalls geregelt wurde und jüngste Neuerungen sich im Verhandlungsstadium befinden sowie freizügiger Zugang zu den Dienstleistungen besteht. Das öffentliche Beschaffungswesen dürfte noch Gegenstand von Verhandlungen sein.

Brasilien steht diesen Liberalisierungsthemen kritischer gegenüber. Der Investitionsschutz mit ausländischem Gerichtsstand wird in Brasilien abgelehnt, zumal in Hinblick auf die zahlreichen Streitfälle ausländischer Investoren in Argentinien gegenüber dem Schiedsgericht der Weltbank, im englischen Kürzel als ICISID bekannt. Weitere Verhandlungen in Puebla und später werden zeigen, welche Abkommen möglich sind. „A la carte“ dürfte jedes Land sich genüsslich bedienen.

Die US-Regierung lehnt bekanntlich die Abschaffung ihrer Agrarsubventionen vorbehaltlich einer weltweiten Einigung in der Doha-Runde der WHO, gemeinsam mit Europa, Japan, der Schweiz und Norwegen ab, die allesamt ihre Landwirtschaft gewaltig subventionieren. Insofern darf man von ALCA „a la carte“ nicht erwarten, dass sich der Zugang von Agrarprodukten des Mercosur und anderer Partner in USA mit Zollsenkungen und Abschaffungen von Importkontingenten sowie anderer Hemmnisse verbessern wird.

In Miami stand die mögliche Einstellung von subventionierten US-Exportkrediten zur Diskussion. Es geht um angenommene US\$ 4,5 Mrd., die die US-Regierung weltweit für Exportsubventionen mittels günstigerer Kondi-

tionen bei Exportkrediten als marktmissige Zinsen, Garantien und Fristen einsetzt, davon rund US\$ 2,5 Mrd. im Kontinent. Angeblich ist die US-Regierung bereit, auf diese Exportsubventionen im Kontinent zu verzichten, womit sie die Wettbewerbsfähigkeit der ALCA-Partner, lies insbesondere Mercosur, deutlich verbessert. Gegen US-Subventionen können Mercosur-Lieferanten nicht an. Andere ALCA-Partner werden freilich geschädigt, indem sie die Produkte zu Marktkonditionen erwerben müssen, wenn US-Subventionen entfallen. Für Argentinien eröffnen sich interessante Aussichten in Lateinamerika und der Karibik, sollte die US-Regierung diesbezüglich einlenken, was abzuwarten ist.

ALCA „a la carte“ reiht sich nahtlos an die weltweite Tendenz zur Vereinbarung bilateraler Handelsabkommen an, auch mit Regionen wie Mercosur und die Europäische Union. Weit über 200 solche Abkommen sind längst vereinbart worden, die 116 Länder der weltweiten 194 Handelspartner abgeschlossen haben. Europa als residuale Kolonialmacht eröffnete den Reigen mit mehreren Präferenzabkommen zugunsten ehemaliger Kolonien. Die USA folgten in den achtziger Jahren mit Israel, nachher mit Kanada und Mexiko in NAFTA, später mit Jordanien und neuerdings mit Chile und Singapur. Auf der US-Abschussliste stehen die fünf zentralamerikanischen Staaten, ferner Panama und die Dominikanische Republik, die Andenpakt-Länder Bolivien, Peru, Ecuador und Kolum-

bien sowie Marokko, Qatar und Australien. Mercosur wird im Rahmen des Konzeptes vier zu eins (4:1) ebenfalls mit USA verhandeln, wobei auch bilaterale Abkommen zwischen USA und einzelnen Mercosur-Ländern im Visier sind. Argentinien verhandelt laufend mit Washington über allerlei Exportprodukte.

Die weltweiten Übungen des Bilateralismus, denen sich neuerdings auch China mit südostasiatischen Handelspartnern für eine Freihandelszone im Verhandlungsstadium anschliesst, zerstören das mühsam in der Nachkriegszeit aufgebaute Regelwerk des damaligen GATT, in dessen Mittelpunkt die Meistbegünstigung steht, die Diskriminierungen und Präferenzen ausschliesst, wie sie bilaterale Abkommen gegenüber Drittstaaten innewohnen.

Kleine und mittlere Länder werden auf die Dauer mit der weltweiten Meistbegünstigung besser bedient als mit bilateralen Präferenzabkommen, was vor allem für Argentinien gilt. Indessen bestimmen die grossen Länder, allen voran die USA, den Gang der Handelspolitik, auch wenn sie ihre eigene Politik der Meistbegünstigung über den Haufen werfen und dabei ein weltweites Wirrwarr zahlloser bilateraler Präferenzabkommen in die Wege leiten, deren Verwaltung detaillierte Kenntnisse der jeweiligen Zollsätze in Absatzländern voraussetzen, wie sie nur Spezialisten des Aussenhandels besitzen. ALCA „a la carte“ als handelspolitischer Selbstbedienungsladen ist ein Beispiel dieser Handelspolitik.

## Eine neue Ferngasleitung für eine Milliarde Dollar

Am Montag wurde das Projekt der Firma Techint über den Bau einer Ferngasleitung von 1.500 km für einen Betrag von etwa einer Milliarde Dollar formell genehmigt. Das Projekt wurde im Rahmen des Systems der Privatinitiative vorgelegt, das vor über einem Jahrzehnt geschaffen, aber bisher kaum verwendet wurde. Es handelt sich darum, dass eine Privatfirma ein Investitionsprojekt für Infrastruktur oder sonst eines Investitionsobjektes vorlegen kann, das normalerweise für den Staat reserviert ist und dessen Genehmigung bedarf. In diesem Fall können Dritte sich auch melden, wobei jedoch dem ursprünglichen Bieter die Möglichkeit gegeben wird, seinen Vorschlag aufzubessern und demjenigen des Meist-

bietenden anzugleichen, womit er den Zuschlag erhält. In diesem Fall hat sich niemand gemeldet, was begreiflich ist.

Konkret handelt es sich um eine Gasleitung, die Gas in Bolivien und Salta aufnimmt, von dort über Formosa, südlich durch den Chaco und ganz Santa Fé, und schliesslich bis San Nicolás und Campana leitet, wo sich das Stahlwerk von Siderar (ehemals Somisa) und das Werk für nahtlose Rohre von Siderar befinden. Von den 10 Mio. cbm. pro Tag, die die Leitung befördern soll, sollen 40% bis 50% von diesen Betrieben verbraucht werden, die auch zum Techint-Konzern gehören. Die Leitung soll dann über den Paraná nach Uruguay und Brasilien führen.

Der Staat übernimmt auch die Legung der Leitungen für die Versorgung der Städte und Dörfer, die sich in der Nähe der Fernleitung befinden, wobei angeblich auch Corrientes und Misiones versorgt werden sollen. Die endgültige Trasse muss noch zwischen der Regierung und Techint abgesprochen werden. Techint verpflichtet sich für ihren Teil US\$ 750 zu investieren, die Regierung für den staatlich finanzierten Teil US\$ 250 Mio. Einzelheiten über die gegenseitigen Beziehungen und Verpflichtungen wurden nicht bekannt gegeben.

Techint hat grosse Erfahrung in der Legung von Gasleitungen, sowohl in Argentinien wie in anderen Ländern. Die Rohre werden voraussichtlich von Siderca und/oder einem der Firma gehörenden Röhrenwerk im Ausland geliefert, wo der Konzern Tenaris gebildet wurde. Da das Gas zu einem wesentlichen Teil dem Eigenverbrauch dient, kann man sagen, das alles im Hause bleibt.

Dass der Techint-Konzern dieses grosse Projekt in Angriff genommen hat, bezeugt von unternehmerischem Mut. Denn es bestehen komplizierte Probleme mit den Unternehmen, die die schon bestehenden Gasleitungen betreiben, es wurden schon über 20 Klagen beim ICSID (dem Weltbank-schiedsgericht für Investitionskonflikte) gegen den argentinischen Staat vorgebracht, und der private internationale Kapital- und Kreditmarkt ist für Argentinien geschlossen. Eventuell kann hier die Weltbankagentur IFC („International Finance Corporation“) einspringen, die Kapitalbeteiligungen und Kredite an Privatunternehmen bereit stellt. Ebenfalls hat der Techint-Konzern die Möglichkeit, finanzielle Mittel im Ausland aufzunehmen, die von eigenen Unternehmen in anderen Ländern garantiert werden.

Techint rechnet mit einem höheren Gaspreis, da die Rechnung mit dem bestehenden nicht aufgeht. Bei den Kosten spielt beim Gas der Ferntransport eine entscheidende Rolle. Ausserdem sind die Unternehmen, die Gas in Bolivien fördern, gewiss nicht bereit, es zum internen argentinischen Preis zu liefern. Der Gaspreis liegt in Argentinien bei einem Drittel desjenigen, der 2001 bestand, der auch schon stark unter dem lag, der in den USA, der EU u.a. Gegenden der Welt herrscht. Dass Naturgas in Argentinien billiger ist als woanders, ist begreiflich, bestehen doch hohe Gasreserven, die

voraussichtlich bei intensiver Forschung noch stark erhöht werden können, wobei ein niedriger Gaspreis einer der Konkurrenzvorteile ist, den Argentinien geniesst.

Der Preis liegt jedoch gegenwärtig in Dollar bei einem Drittel desjenigen von 2001, wobei der interne Preis je nach Entfernung von den Gaslagern unterschiedlich ist. Techint rechnet damit, dass der Gaspreis 2006 80% desjenigen von 2001 betragen wird, was eine Zunahme von 114% ausmacht. Wie weit sich die Regierung in diesem Sinn verpflichtet hat, ist nicht bekanntgegeben worden. Planungsminister De Vido sagte nur, der Gaspreis werde für Industrien mit intensiven Konsum stark erhöht werden, womit er zu verstehen gab, dass die neue Tarifordnung Haushalte mit geringem Konsum u.a. bevorzugen würde. Auf alle Fälle haben die Verhandlungen mit den Gasunternehmen als erste unter den öffentlichen Diensten schon begonnen.

Nachdem die bestehenden Leitungen im Winter voll ausgelastet sind, droht zunehmende Gasknappheit, besonders bei kalten Wintern. Schon jetzt werden neue Anschlüsse nur noch tropfenweise genehmigt, und es werden keine neuen Tankstellen für Pressgas (GNC) zugelassen. 2006 wird durch diese Leitung die Versorgung sprunghaft erhöht werden. Da Siderca und Sidinsa dieses Gas verwenden, werden sie das jetzt verwendete freigeben. Bis dahin sollte die Regierung eine Strategie ausarbeiten, um den Verbrauch dem Angebot anzupassen. Im Winter werden die Wärmekraftwerke jeweils von Gas auf Heizöl umgestellt. Eventuell könnte dies auf bestimmte Industriebetriebe ausgedehnt werden.

Seit vor einigen Jahren die Leitung von Mendoza nach Chile gebaut wurde, wird Gas in grossen Mengen in dieses Nachbarland exportiert, das jetzt stark von diesen Lieferungen abhängig geworden ist. Man befürchtet dort, dass die Lieferungen bei unzureichender interner Gasversorgung verringert werden könnten.

Präsident Kirchner hat anlässlich der Feier zur Ankündigung dieses Projektes erneut die Wirtschaftspolitik der 90er Jahre heftig kritisiert. Dennoch ist dieses Projekt, durch das eine Privatfirma ein grosses Infrastrukturprojekt übernimmt, ganz im Sinne der Menem-Politik. Denn vorher wurden Gasleitungen vom Staat in Auftrag gegeben und staatlich betrieben. Die Ausnahme war die

Gasleitung von Neuquén nach Buenos Aires und Mendoza, die 1980 von der niederländischen Boiskalis gebaut und betrieben wurde, wobei der Staat jedoch ab 1982 den Preis für den Gastransport nur schleppend zahlte, und das Unternehmen unter der Alfonsín-Regierung in einer Weise enteignet wurde, die einer Konfiskation gleichkam. Kirchner will

## Vorschläge zur Erleichterung der Kreditgewährung

Die lokalen Banken haben ein doppeltes Problem. Einmal besteht ein Vermögensverlust, wegen der asymmetrischen Pesifizierung und der Auszahlungen von Depositionen zum Tageskurs, die von Richtern angeordnet werden, wobei die Regierung den Banken dafür Bonds gibt, die jedoch nicht den vollen Verlust decken und zudem auch weit unter pari gehandelt werden dürften. Und zum zweiten besteht ein laufender Betriebsverlust, der jetzt auf monatlich \$ 200 Mio. errechnet wird, nachdem er vor kurzem noch bei \$ 600 Mio. monatlich lag.

Die Banken sind gegenwärtig sehr liquide, wobei geschätzt wird, dass sie über \$ 8 Mrd. verfügen, die sie sofort ausleihen könnten. Wäre dies der Fall, dann würden auch die Depositionen steigen, wegen des „Multiplikatoreffektes“, so dass man gut mit zusätzlichen Krediten von etwa \$ 10 Mrd. rechnen kann. Bei einem Zinssatz von 15% würde dies jährliche Einnahmen von \$ 1,5 Mrd. bedeuten, womit der jährliche Verlust von \$ 2,4 Mrd. zum grossen Teil gedeckt würde.

Die traditionellen Kunden der Banken brauchen weniger Kredit. Diejenigen, deren Dollarschulden eins zu eines pesifiziert wurden, die jedoch ihre Produkte zu viel höheren Preisen verkaufen (im Fall der Landwirtschaft gelegentlich sogar um 200% höher, wegen der Abwertung und der Preiszunahme in Dollar), können sich jetzt weitgehend selbst finanzieren. In anderen Fällen haben die Unternehmen Lagerbestände abgebaut, was den Finanzierungsbedarf entsprechend verringert.

Einigen Banken haben versucht, ihre überschüssigen Mittel durch die Wiederaufnahme der Hypothekarkredite unterzubringen. Jetzt sind es Kredite in Pesos mit Zinsen von zunächst 15%, die jedoch gemäss der Entwicklung der Marktzinsen angepasst werden. Die Laufzeit ist gegenüber den früheren Dollarkrediten ver-

offensichtlich nicht zurück zum staatswirtschaftlichen Schema. Wie weit dies seiner inneren Überzeugung entspricht, sei dahingestellt. Auf alle Fälle zwingt die Wirklichkeit eines defaultierten Staates, der keine Mittel für derartige Projekte hat und auch keine Kredite aufnehmen kann, zu dieser privatwirtschaftlichen Lösung.

kürzt worden, auf 5 Jahre gegen früher 10. Die Banken können jedoch diese Kredite nur in beschränktem Ausmass gewähren, weil ihre Depositionen zum grössten Teil kurzfristig sind.

Dass die Banken ihr Geld nicht sofort bei mittleren und kleinen Unternehmen unterbringen können, erscheint paradox, haben diese doch einen sehr hohen finanziellen Bedarf. Aber sie sind durch ZB-Normen und auch durch gesetzliche Bestimmungen faktisch vom Bankkredit ausgeschlossen, wobei nur wenige Banken es verstehen, kleinere Kredite an Kleinunternehmen zu vergeben, ohne dass die Verwaltungskosten dabei zu stark ins Gewicht fallen. Diese Kredite müssen mehr auf der Person des Unternehmers und der Geschäftsentwicklung beruhen, als auf seinem Vermögen. Das erfordert bei den Banken und auch bei der ZB eine Mentalitätsänderung. Bei diesen Krediten können Zinsen von 20% und mehr problemlos gefordert werden, sofern die Kredite schnell und ohne Komplikationen gewährt werden.

Das Wirtschaftsministerium hat jetzt zusammen mit den Bankenverbänden diese Problematik studiert und einen Bericht ausgearbeitet, der folgende Vorschläge enthält:

- Das ZB-Communiqué A 3918, das Kunden mit Schulden bis zu \$ 5 Mio. bis Ende 2003 flexibel behandelt, soll um zwei Jahre verlängert und inhaltlich erweitert werden.

- Bei Krediten über \$ 5 Mio. soll als Kriterium das erwartete Geschäftsvolumen genommen werden, wobei die Beurteilung gemäss Bilanzen der letzten Jahre bei Seite gelassen werden soll.

- Die Schulden in Devisen, die nicht pesifiziert wurden und bei denen ein Konflikt mit dem Gläubiger besteht, sollen von der globalen finanziellen Lage eines Unternehmens ausgenommen werden, um die Kreditwürdigkeit zu beurteilen.

● Die Margen für Kredite, die gegenwärtig auf 100% des Vermögens des Unternehmens begrenzt sind, sollen auf 300% erhöht werden, da die Aktiven und somit das Nettovermögen wegen der Abwertung stark unterbewertet sind.

● Die Ausgabe von Schecks mit zukünftigem Zahlungsdatum soll gefördert werden, indem ein höherer Prozentsatz bei der gesamten dokumentierten Schuld zugelassen wird.

● Unternehmen, die Bankschulden von bis zu \$ 100.000 haben, soll eine Frist von bis zu 2 Jahren gewährt werden, damit sie ihre Schulden gegenüber dem Steueramt tilgen, so dass sie neue Kredite erhalten können.

● Die Bedingungen für Garantien sollen flexibler gestaltet werden. Garantierte Kredite an den Staat und die Vorfinanzierungen von Exporten auf 90 und 180 Tage sollen als Garantie gelten.

Abgesehen von diesen konkre-

ten Vorschlägen, wurde allgemein die hohe Steuer auf Banktransaktionen als ein Hindernis für die Sanierung des Bankwesens angesehen.

Indessen lösen die Vorschläge das Problem bei weitem nicht, vor allem nicht bei Kleinunternehmen. Statt diejenigen vom Bankkredit auszuschliessen, die Steuerschulden aufweisen, sollte nur bestimmt werden, dass bei Krediten 10% oder eventuell etwas mehr für die Tilgung der Schuld aufgewendet wird. Dann sollte die Beschlagnahme von Girokonten, zumindest bis zu einem Betrag von \$ 500.000, verboten werden. Bei über 5.000 Unternehmen wurden die Konten schon beschlagnahmt. Das kann auf Anweisung des Amtes für öffentliche Einnahmen (AFIP), eines Arbeitsrichters oder anderer Gerichte erfolgen. Wenn somit ein Unternehmen Gefahr in diesem Sinn wittert, muss es ganz auf Barverkehr übergehen, womit

es vom Bankkredit ausgeschlossen ist. Dann müssen die ZB-Normen über Kreditgewährung bei kleinen Krediten praktisch bei Seite gelassen werden, und dies dem Ermessen der Banken überlassen werden. Schliesslich sollte auch bestimmt werden, dass die Unternehmen ihr schwarzes Vermögen legalisieren können, zumindest bis zu \$ 500.000, so dass Kleinunternehmen, die weitgehend schwarz arbeiten und deshalb nicht für einen Bankkredit qualifizieren, sich mit ordentlichen Bilanzen melden können. All dies ist jedoch für die Bürokraten tabu, wobei die Banker sich an den starren Reglamentarismus der ZB derart gewöhnt haben, dass sie ihn für normal halten, und von echten Bankern zu bürokratischen Bankbeamten degradiert worden sind. Sonst hätten sie bei der Zusammenkunft mit Beamten des Wirtschaftsministeriums eine viel weitgehendere Liberalisierung fordern müssen.

Allein, auch wenn die Banken ihre flüssigen \$ 8 Mrd. ausleihen, würde der Bankkredit immer noch unter 10% des BIP liegen, was anormal niedrig ist. Normal wäre für Argentinien mindestens 30%, wobei dieser Koeffizient bei den entwickelten Staaten viel höher liegt. Vorläufig wächst die argentinische Wirtschaft auch ohne Bankkredite; aber das hört gelegentlich auf, wobei dann der Kreditmangel als eine Bremse des Wachstums auftritt. Das argentinische Bankensystem wurde 2002 zerstört, als es sich auf halbem Weg zu einem modernen System befand, wie es die argentinische Wirtschaft erfordert. Jetzt muss man wieder von vorne anfangen. Wobei es auch darum geht, dass der Zahlungsverkehr über das Bankensystem geschleust wird und der anormal hohe Anteil an Barzahlungen abnimmt.